

MUTTERSCHAFT

Wie eine fünffache Mutter
in Burundi Beruf und
Familie vereinbart

AFRIKA-STRATEGIE

Das BMZ legt dar, wie
es mit Partnerländern in
Afrika kooperieren will

KONFLIKTSTAATEN

Die Reise des Papstes
in den Südsudan und
die DR Kongo



Klimagerechtigkeit

Editorial

- 3 **JÖRG DÖBEREINER**
Zerstörerische Ungleichheit treibt die Eskalation der Klimakrise voran

Magazin

- 4 **INTERVIEW MIT GLORIA MANIRAKIZA**
Was es heißt, eine berufstätige Mutter in Burundi zu sein
- 6 **RONALD SSEGUJJA SSEKANDI**
Das BMZ hat seine neue Afrika-Strategie veröffentlicht
- 8 **RAPHAEL MWENINGUWE / IMPRESSUM**
Heutzutage: Erziehung von Kindern mit Behinderung in Malawi

Debatte

- 10 **ALBA NAKUWA**
Papst Franziskus' Pilgerreise des Friedens
- 11 **ROLF DRESCHER**
Ernüchterung nach den Wahlen in Malawi
- 12 **ARTUR BEHR**
Leserbrief: Ländliche Entwicklung und traditionelle Landwirtschaft

Schwerpunkt: Klimagerechtigkeit

- 14 **INTERVIEW MIT JOAN CARLING**
Indigene Gemeinschaften verdienen ein Mitspracherecht
- 17 **NUSRAT NAUSHIN UND MALIHA MASFIQUA MALEK**
Ohne Gendergerechtigkeit keine Klimagerechtigkeit

- 18 **CONNIE NAGIAH UND MARGARET MAPONDERA**
Afrikanische Frauen widersetzen sich fehlgeleiteten Vorstellungen von Entwicklung
- 20 **SAMIR ABI**
Togos innovative Sozialhilfe
- 21 **ABIGAEEL KIMA**
In Kenia sind die verheerenden Folgen der Klimakrise täglich zu spüren
- 23 **ELIZABETH RUPPERT BULMER**
Das Weltbank-Konzept zum sozialverträglichen Ende des Kohlebergbaus
- 25 **SABINE BALK**
Ein peruanischer Bauer verklagt RWE
- 27 **BRUNO WENN**
Wie mehr privates Kapital für die SDGs und den Klimaschutz mobilisiert werden kann
- 28 **ROLI MAHAJAN**
Der Human Development Report 2021/22 untersucht die Herausforderungen des Anthropozäns
- 30 **SUPARNA BANERJEE**
Online-Kurse des UNEP bieten Einblicke in das internationale Umweltrecht
- 32 **PRINCE THOMPSON**
OECD zieht Bilanz der weltweiten CO₂-Preispolitik
- 33 **SUPARNA BANERJEE**
Mit zunehmenden extremen Wetterereignissen wächst der Bedarf nach umsichtiger Katastrophenvorsorge

SCHWERPUNKT


Klimagerechtigkeit

Die globale Erhitzung führt weltweit zu zunehmendem Leid. Die ärmsten Menschen sind besonders betroffen. Die Interessen gefährdeter Gemeinschaften verdienen die Aufmerksamkeit der politischen Entscheidungsträger*innen. Dazu gehören indigene Völker, Frauen und die junge Generation. Gleichzeitig ist es notwendig, mehr Geld zu mobilisieren und den Übergang zu sauberer Energie so zu gestalten, dass das wirtschaftliche und soziale Leben nicht zusätzlich beeinträchtigt wird.

Titelseite: Klimaproteste in Nairobi, Kenia, 2019.
Foto: picture-alliance/AP Photo/Ben Curtis





 **Unser Schwerpunkt zum Thema Klimagerechtigkeit beginnt auf Seite 13. Er hat direkten Bezug zum 13. UN-Ziel für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goal – SDG): Maßnahmen zum Klimaschutz.**

Die nötige Umstellung der Ökonomien weg von fossilen Energieträgern hin zur klimaneutralen Kreislaufwirtschaft bringt manchen Bevölkerungsgruppen Nachteile. Zur Klimagerechtigkeit gehört deshalb „Just Transition“, ein gerecht gestalteter Übergangsprozess. Es muss verhindert werden, dass betroffene Gruppen und Regionen in Armut abstürzen. Klar ist aber auch, dass nicht alle Nachteile kompensiert werden können.

Dass der Lebensstil der Reichsten die Klimakrise überproportional stark befeuert, muss politische Konsequenzen haben. Wenn es bei globaler Nachhaltigkeit gerecht zugehen soll, müssen sie Privilegien verlieren. Extreme Ungleichheit lässt sich mit Steuern und Gesellschaftspolitik reduzieren. Zusätzliche Staatseinnahmen können Klimaanliegen dienen. Dass Konzerne weiterhin mit klimaschädlichen Geschäftsmodellen Milliarden Gewinne machen, ist nicht zeitgemäß. Gerichte prüfen bereits, ob sie nach aktuellem Recht stärker in die Verantwortung genommen werden können. Das Umweltrecht lässt sich aber auch verschärfen – auf nationaler wie internationaler Ebene.

Zerstörerische Ungleichheit

Die Klimakrise ist extrem ungerecht: Die stärksten Auswirkungen drohen Ländern mit niedrigem Einkommen, die am wenigsten zum Entstehen der Krise beigetragen haben, aber auch die geringsten Möglichkeiten haben, sich auf Klimafolgen einzustellen.

So groß die Unterschiede zwischen den Weltregionen auch sind – noch größer sind sie laut Climate Inequality Report mittlerweile zwischen Arm und Reich. Herausgegeben hat den Bericht das World Inequality Lab, ein internationaler Zusammenschluss von Wissenschaftler*innen. Ihnen zufolge verursacht das reichste Prozent der Weltbevölkerung in absoluten Zahlen deutlich mehr Klimaemissionen als die ärmsten 50 Prozent.

Massive Ungleichheiten bestehen innerhalb von Gesellschaften. Dem World Inequality Lab zufolge stoßen in allen Weltregionen die jeweils reichsten zehn Prozent erheblich mehr Treibhausgase pro Kopf und Jahr aus als die ärmere Hälfte. In Nordafrika und dem Nahen Osten sowie südlich der Sahara emittieren sie etwa 15-mal mehr, in Ostasien knapp 14-mal mehr und in Süd- und Südostasien 12-mal mehr. Zum Vergleich: In Europa beträgt der Faktor knapp sechs und in Nordamerika knapp sieben. Die absoluten Werte der reichs-

ten zehn Prozent sind in Nordamerika mit Abstand am höchsten. Die arabischen Länder und Ostasien liegen vor Europa.

Innerhalb einzelner Gesellschaften trifft die Klimakrise marginalisierte Gruppen am stärksten, darunter Frauen und benachteiligte Minderheiten. Wer aber ohnehin benachteiligt ist und weder Ersparnisse noch Grundbesitz hat, kann sich auch schlechter vor Klimafolgen schützen.

Vor allem klappt die Kluft der Klimagerechtigkeit aber zwischen den Generationen auf. Junge Leute haben die Klimakrise nicht herbeigeführt, müssen aber noch am längsten mit ihr leben – ihre Lebensaussichten verdüstern sich permanent. Sowohl Marginalisierte als auch die junge Generation müssen deshalb bei Entscheidungen, die sie betreffen, mitreden können.

Enorme Veränderungen sind nötig: Insbesondere reiche Länder müssen ihre Emissionen viel stärker reduzieren als bisher. Sie müssen endlich ihr Versprechen erfüllen, ärmeren Staaten jährlich 100 Milliarden Dollar für Klimaschutz und -anpassung zur Verfügung zu stellen. Der Fonds für Klimaschäden, beschlossen auf dem vergangenen Klimagipfel in Scharm el-Scheich, ist ein Schritt hin zu mehr Gerechtigkeit. Er muss zügig gefüllt werden.



JÖRG DÖBEREINER
ist Redakteur bei E+Z/D+C.

euз.editor@dandc.eu

Joan Carling ist Angehörige einer indigenen Gruppe auf den Philippinen und engagiert sich in internationalen Netzwerken für Menschenrechte und Umweltschutz. Maren van Treel, unsere Social-Media-Redakteurin, hat sie Ende letzten Jahres bei einer Veranstaltung der KfW-Entwicklungsbank kennengelernt und sie nun für E+Z/



D+C interviewt. Carling erklärt in dieser Digitalen Monatsausgabe (ab S. 14), was indigene Rechte mit globaler Klimagerechtigkeit zu tun haben.

► **Alle Schwerpunkttexte erscheinen auch auf unserer Website www.dandc.eu, auf der Sie auch weitere Beiträge zum Thema finden werden.**



Zu teure Kinderbetreuung ist ein wichtiges Thema für viele Frauen in Burundi.

ALLTÄGLICHES LEBEN

Mutterschaft in Burundi

Etwa 75 Prozent der burundischen Bevölkerung gelten laut UN-Entwicklungsprogramm als arm. Ethnopolitische Konflikte prägen das Land seit Jahrzehnten, und der Bildungs- sowie Gesundheitssektor leidet unter starken Ausgabenkürzungen. Das Land macht aber auch Fortschritte, beispielsweise haben sich der Zugang zu Bildung und ihre Qualität verbessert. Die Geburtenrate ist rückläufig: Vor 40 Jahren bekam eine Frau im Schnitt noch sieben Kinder, nun sind es fünf. Die Journalistin Gloria Manirakiza (Name geändert) wohnt mit ihrer Familie in der Millionenstadt Bujumbura, dem größten Ballungszentrum Burundis. Hier berichtet sie davon, wie es sich dort als Mutter lebt.

Gloria Manirakiza im Interview mit Merle Becker

Sie arbeiten als Journalistin und haben fünf Kinder, vier davon leben bei Ihnen zu Hause.

Das kleinste ist gerade einen Monat alt. Wie sieht Ihr Alltag aus?

Mein ältester Sohn ist bereits 16 Jahre alt und beginnt seine Ausbildung. Ich bin gerade noch im Mutterschutz. Bald nehme ich meine Arbeit wieder auf. Mein Mann ist selbstständiger Geschäftsmann in der Privatwirtschaft. Er verdient nicht viel und vor allem nur unregelmäßig, aber es reicht für uns zum Leben. Wenn er gerade nicht arbeitet, dann unterstützt er mich mit den Kindern. Wir organisieren uns, dann klappt alles.

Wie gestaltet sich der Mutterschutz in Burundi? Wie lange dürfen Sie zu Hause bleiben, und bekommen Sie trotzdem Geld?

49 Tage vor und 49 Tage nach der Geburt eines Kindes bleibt die Mutter zu Hause bei vollem Lohnausgleich. Danach geht sie wieder zur Arbeit. Da bleibt nicht viel Zeit zum Ausruhen. Mütter bekommen danach täglich je eine Stunde Zeit für das Stillen, die sie

morgens, mittags oder abends nehmen können. Müssten sie zum Beispiel eigentlich um acht Uhr morgens auf der Arbeit sein, können sie während der Stillzeit erst um neun Uhr kommen. Diese Regelung gilt aber nur für die ersten sechs Monate nach der Geburt.

Und dann? Wie vereinbaren Sie die Arbeit mit dem Baby?

Die allermeisten städtischen Familien, in denen beide Elternpaare arbeiten, haben Haushaltshilfen, die auch Babysitter sind. Auch wir haben diese Unterstützung. Das Baby bleibt bei ihnen, während die Mutter wieder arbeitet. Niemand nimmt hier seine Kinder mit zur Arbeit, das ist kein Ort für Babys. Dass Frauen nicht arbeiten gehen und zu Hause bei den Kindern bleiben, ist eher die Ausnahme. Meist ist das finanziell überhaupt keine Option. Aber es gibt natürlich auch alleinerziehende Frauen. Ich habe zwei Kolleginnen, die alles allein schaffen müssen. Und sie müssen ganz besonders dringend arbeiten. Ohne Haushaltshilfe oder Unterstützung durch die Familie ginge das nicht.

Bedeutet das, dass die meisten Frauen in Burundi schon nach eineinhalb Monaten abstillen?



Das Schulwesen in Burundi hat mit Unterfinanzierung zu kämpfen.

Frauen wollen das auch nicht. Sie vertrauen auf traditionelle Medizin und sagen: „Ich werde schon merken, wenn die Geburt losgeht!“ Für mich wäre das nichts.

Geburten sind oft sehr kulturell geprägt. In manchen Ländern ist es normal, Schmerzmittel zu bekommen, in anderen ist genau das verschrien. Auch Kaiserschnittoperationen werden in manchen Weltteilen viel eher durchgeführt als in anderen. Wie ist das in Burundi?

Die Geburt erfolgt meist ohne schmerzstillende Mittel, aber direkt danach werden den Frauen Antibiotika und Medikamente verschrieben, die sie dann selbst kaufen. Während der Geburt wird wenig gegen die Schmerzen getan, das gehört einfach dazu. Kaiserschnitte werden durchgeführt, wenn es medizinisch notwendig ist, was bei mir nie der Fall war. Mein Mann war bei allen Geburten dabei, aber viele Frauen oder ihre Männer wollen das nicht. Oft geht es auch nicht, weil die Männer arbeiten. Dass mein Mann fünf Mal anwesend war, ist eher eine Ausnahme.

Konnten Sie sich im Wochenbett gut erholen mit fünf Kindern?

Eines meiner Kinder wohnt im Internat. Ich bin momentan also nur mit vier Kindern zu Hause. Vormittags sind die größeren in der Schule, und ich bin mit dem Baby und der Haushälterin zu Hause. Und sie hilft mir sehr: Sie kocht, putzt und wäscht. Nachmittags holt sie die Schulkinder ab, und die helfen mir auch ein bisschen. Dadurch kann ich mich ausruhen, bevor ich bald wieder arbeiten gehe.

Was wünschen Sie sich für die Zukunft Ihrer Kinder?

Ich hoffe, dass die Zukunft meiner Kinder gut sein wird, dass wir genug Einkommen für alle haben. Ich wünsche mir, dass alle meine Kinder die Universität besuchen können. Darauf bereite ich sie schon vor. Zum Beispiel frage ich sie regelmäßig, was sie später werden und studieren wollen. Ich möchte sie damit ermutigen, immer weiter zu gehen, sich zu strecken und an sich zu glauben. Und auch mir selbst sage ich immer wieder: Es wird schon alles gut werden! Ich bin Optimistin.

GLORIA MANIRAKIZA
(Name geändert) ist Journalistin in Burundi.
euz.editor@dandc.eu

Nein, die Ärzte empfehlen uns, die ersten sechs Monate voll zu stillen. Erst danach beginnen wir, den Babys feste Nahrung anzubieten. Wenn ich arbeiten gehe, bekommt das Kind Pulvermilch aus der Flasche, aber abends, morgens und nachts plane ich, weiter zu stillen. Das ist mir wichtig.

Bekommen Sie nach dem Mutterschutz Ihren alten Posten wieder?

Wenn ich an meinen Arbeitsplatz zurückkehre, bin ich wieder Redakteurin, aber habe anders als zuvor keine Führungsposition mehr inne und verdiene dann auch weniger. Das hat aber nichts mit der Schwangerschaft zu tun: Aufgrund finanzieller Schwierigkeiten kam es zu Umstrukturierungen bei meinem Arbeitgeber. Das letzte Gehalt, das ich bekommen habe, war das für Juli, und es erreichte mich erst Mitte November. Ich bin einfach froh, dass ich nicht entlassen wurde, und habe die Hoffnung, weitere Einkommensquellen zu finden.

Und wann kommen die Kinder in die Krippe oder den Kindergarten?

Wenn die Kinder fünf Monate alt sind, können sie theoretisch in die Krippe. Aber das machen die wenigsten Eltern, weil die Einrichtungen nicht staatlich sind – und dadurch sehr teuer. Auch wir können uns das nicht leisten. Die Preise variieren, je nachdem ob die Krippen in der Stadt liegen oder eher abgelegen. Es gibt sogar sogenannte VIP-Krippen. In einem gehobenen Stadtteil von Bujumbura wie etwa Rohero kostet ein Platz für ein fünf Monate altes Kind 500 000 Burundi-Franc (BIF) im Monat (etwa 220 Euro). Um es in ein Verhältnis zu setzen: Ich verdiene 400 000 BIF monatlich und habe einen guten Job.

Wie sieht es mit Schulgebühren aus?

Für meine Tochter, die in die vierte Grundschulklasse einer Privatschule geht, zahle ich etwa 20 000 BIF. Die staatlichen Grundschulen sind zwar kostenfrei, aber die Bildungsqualität dort ist nicht gut. Deshalb gehen meine Kinder auf private Schulen. Unterm Strich sind die Preise für Einrichtungen der frühen Bildung sehr hoch. Daher gehen die meisten Kinder nicht in die Krippe, sondern fangen frühestens mit dem Kindergarten an. Ab dem siebten Lebensjahr müssen die Kinder verpflichtend in die Grundschule.

Sprechen wir über die Schwangerschaft. Wie steht es um die medizinische Betreuung? Gibt es vorgeschriebene, regelmäßige Arztbesuche?

Ja, die meisten Frauen, die ich kenne, durchlaufen während der Schwangerschaft einen Beratungsprozess. Auch ich hatte regelmäßige Termine bei meinem Frauenarzt. Er schaute nach mir und dem Baby. Und jedes Schwangerschaftstrimester machte der Arzt auch einen Ultraschall. Ich bin privat krankenversichert, dadurch wurden 85 Prozent der Kosten für diese Untersuchungen übernommen. 15 Prozent mussten wir selbst tragen. Aber es gibt natürlich auch Frauen, die sich die Versicherung oder den Eigenbeitrag nicht leisten können. Und einige





Zwei Kabinettsmitglieder besuchen eine Schule in Ghana. Svenja Schulze (zuständig für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) und Hubertus Heil (Arbeit und Soziales).

DEUTSCHE POLITIK

Ambitionierte Agenda

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) hat kürzlich eine neue Afrika-Strategie vorgestellt. Die Absichten sind ehrgeizig.

Von Ronald Ssegujja Ssekandi

Der Titel lautet „Gemeinsam mit Afrika Zukunft gestalten“. Das BMZ will mit afrikanischen Ländern zusammenarbeiten, um „eine gerechtere, friedlichere und sicherere Welt“ zu schaffen.

Die Strategie definiert Schwerpunkte für die deutsche Kooperation mit Afrika. Sie soll dazu beitragen, die UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs) zu erreichen und die Agenda 2063 der Afrikanischen Union (AU) unterstützen.

Das Dokument kommt zu einer Zeit, die geprägt ist von globalen Krisen wie der Covid-19-Pandemie und Russlands Angriff auf die Ukraine. Auch machen der demografische Wandel, die Klimakrise und neue geopolitische Dynamiken internationale Zusammenarbeit immer dringlicher.

Das BMZ legt einen Schwerpunkt auf die Zusammenarbeit mit Afrika – dem Kontinent, auf dem 33 von 46 der sogenannten Least Developed Countries (LDCs – am we-

nigsten entwickelte Länder) der Welt liegen. Zudem haben Europa und Deutschland enge historische, geografische und kulturelle Verbindungen zu Afrika.

Die Strategie ist auf nachhaltige Entwicklung ausgerichtet. Sie soll

- die Verwirklichung der von den UN, der AU und ihren Mitgliedstaaten festgelegten Ziele unterstützen,
- dazu beitragen, dass der Kontinent sein großes Potenzial erschließt und Krisen besser widerstehen kann, und
- afrikanische Partner in globalen Kontexten stärken, damit alle Menschen in Würde und Sicherheit in einer intakten Umwelt leben können.

Die beiden Nachbarkontinente sollen Krisen gemeinsam angehen. Ihre Kooperation soll sichtbare Zeichen der Solidarität setzen. Die BMZ-Strategie betont Respekt und Gegenseitigkeit. Afrikanische Regierungen und die Afrikanische Union (AU) müssen in multilateralen Gremien mehr Gehör finden. Auch wünscht sich das BMZ ein stärkeres Echo afrikanischer Perspektiven in der deutschen und europäischen Öffentlichkeit.

Das Ministerium verspricht einen offenen und ehrlichen Dialog über gemeinsame Werte und Interessen. Es erkennt aber auch große Herausforderungen, denn in einer

Reihe afrikanischer Partnerländer verstärkt sich zum Beispiel der Trend zu autoritärer Herrschaft.

Die neue Strategie betont Geschlechtergerechtigkeit. Bundesministerin Svenja Schulze steht für eine feministische Politik ein. Sie will die strukturelle Ungleichheit zwischen den Geschlechtern überwinden und die Teilhabe von Frauen und Mädchen in politischen, sozialen und wirtschaftlichen Angelegenheiten stärken. Außerdem setzt sie sich für die Rechte von Randgruppen ein – etwa Menschen mit Behinderungen, Angehörige indigener Gemeinschaften oder LGBTQI+-Personen.

Die neue Afrika-Strategie sieht sechs Hauptbereiche der Zusammenarbeit vor:

- **Beschäftigung und fairer Handel:** Bis 2050 wird sich allein die städtische Bevölkerung Afrikas auf knapp 1,5 Milliarden verdreifachen. Das BMZ schätzt, der Kontinent brauche jährlich 25 Millionen neue Arbeitsplätze. Die Herausforderung ist immens, zumal die eskalierende Klima- und Biodiversitätskrise Afrika hart trifft. Doch könnten reiche natürliche Ressourcenvorkommen – verbunden mit moderner Technik und klimaverträglichen Konzepten – dazu führen, dass der Kontinent als erste Weltregion den Übergang zur Nachhaltigkeit („Just Transition“) schafft. Für mehr Beschäftigung hält das BMZ Handel, Infrastrukturentwicklung, Privatwirtschaft und Innovationen für unerlässlich. Mit Blick auf wachsende Probleme mit Staatsschulden verspricht es, nicht nur besseres Management im öffentlichen Finanzwesen zu unterstützen, sondern auch Kapazitäten für Umschuldungsverhandlungen zu stärken.
- **Überwindung von Armut und Hunger:** Das BMZ will Transformation in der Landwirtschaft und in Ernährungssystemen fördern, um Hunger, Unterernährung und Armut in Afrika insgesamt zu reduzieren. Außerdem will es den Ausbau sozialer Sicherungssysteme und einen einfacheren Zugang zu Bildung unterstützen. Soziale Sicherung stärkt Resilienz in Krisensituationen. Das BMZ betont, dass Ungleichheit zu vielen Problemen beiträgt und daher abgebaut werden sollte.
- **Gesundheit und Pandemieprävention:** Die Covid-19-Pandemie hat Gesundheitssysteme weltweit auf die Probe gestellt und deutlich gemacht, dass strukturelle Verbesserungen nötig sind. Da nur etwa 20 Prozent der Bevölkerung Afrikas Zugang zu

erschwinglicher und qualitativ angemessener medizinischer Grundversorgung haben, muss vor allem dieser Bereich verbessert werden. Das BMZ verpflichtet sich, afrikanische Gesundheitseinrichtungen, aber auch die Arzneimittelproduktion in afrikanischen Ländern zu unterstützen. Es betont, dass Frauen Zugang zu Gesundheitsleistungen brauchen, und verspricht, in die Digitalisierung der medizinischen Grundversorgung zu investieren.

- **Feministische Entwicklungspolitik und Geschlechtergerechtigkeit:** Unterstützen will das BMZ auch den Strukturwandel hin zur Gleichberechtigung der Geschlechter, der etwa sexuelle und reproduktive Rechte von Frauen stärkt. Außerdem will es Allianzen für Geschlechtergleichstellung auf- und ausbauen, indem es multilaterale Initiativen unterstützt, etwa die Globale Partnerschaft für Bildung, UN Women und den Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (United Nations Population Fund, UNFPA). Die wirtschaftliche Teilhabe von Frauen und die Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt sind weitere Prioritäten.

- **Förderung guter Regierungsführung:** Viele Regierungen bekennen sich offiziell zu guter Amtsführung, Demokratie, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit. Dennoch bestehen viele Herausforderungen. Korruption und illegale Finanzströme gehören zu den größten. Das BMZ hofft, die Effektivität öffentlicher Behörden zu fördern, die jedoch von freien Medien beobachtet und durch unabhängige Gerichte überprüft werden müssen. Das Ministerium betont die Achtung der Menschenrechte.

- **Frieden und Sicherheit:** Das BMZ erkennt an, dass der Kontinent mit Konflikten ringt und terroristische Bedrohungen wachsen. Es weist der Afrikanischen Union und ihrer Agenda 2063 Schlüsselrollen für Frieden und Sicherheit zu. Das Ministerium beabsichtigt, die Ursachen gewaltsamer Konflikte so zu bekämpfen, dass die Resilienz der Gemeinschaften gestärkt, neue Konflikte verhindert und integrative Lösungen gefördert werden. Flüchtlinge und Binnenvertriebene sollen unterstützen werden.

Bei der Umsetzung der Strategie wird das BMZ mit afrikanischen Regierungen,

supranationalen Institutionen, nichtstaatlichen Akteuren, privatwirtschaftlichen Unternehmen und zivilgesellschaftlichen Organisationen zusammenarbeiten.

Die Arbeit über bewährte Institutionen wie GIZ und KfW sowie multilaterale Organisationen wird fortgesetzt. Das Ministerium verspricht, die Umsetzung seiner neuen Afrika-Strategie regelmäßig zu überprüfen und dabei externe Partner aktiv einzubinden.

LINK

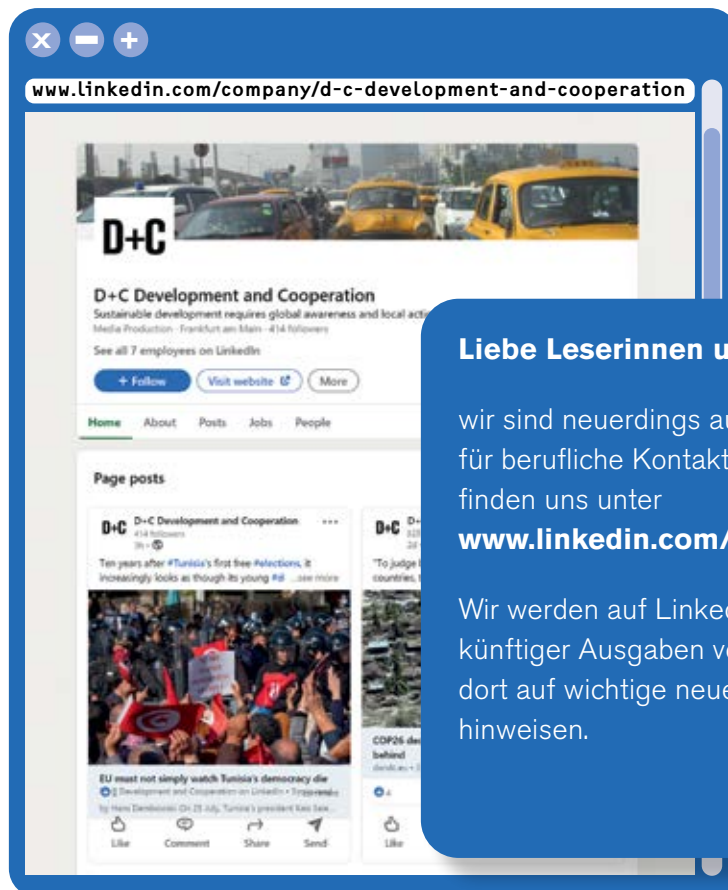
BMZ, 2023: Gemeinsam mit Afrika Zukunft gestalten. Die Afrika-Strategie des BMZ. (Auch auf Englisch und Französisch abrufbar.)

<https://www.bmz.de/de/laender/bmz-afrika-strategie>



RONALD SSEGUJJA SSEKANDI
ist Alumnus der Ruhr-Universität Bochum, lebt in Uganda und ist Redakteur der

D+C/E+Z-Kolumne „Heutzutage“.
sekandiron@gmail.com



Folgen Sie uns auf LinkedIn!

Liebe Leserinnen und Leser,
wir sind neuerdings auch auf LinkedIn vertreten, dem sozialen Netzwerk für berufliche Kontakte. Wir laden Sie herzlich ein, uns dort zu folgen. Sie finden uns unter www.linkedin.com/company/d-c-development-and-cooperation
Wir werden auf LinkedIn kurze Kommentare veröffentlichen und Themen künftiger Ausgaben von E+Z/D+C diskutieren. Außerdem werden wir dort auf wichtige neue Inhalte unserer Website www.dandc.eu hinweisen.

ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT | E+Z

Schweres Schicksal

In Malawi werden viele Kinder mit körperlichen Behinderungen oder gesundheitlichen Problemen geboren. Das ist vor allem für die Mütter eine große Belastung.

Es ist ungerecht, dass die Betreuung von Menschen mit Behinderungen fast ausschließlich den Frauen überlassen wird und die meisten Männer sich ihrer Verantwortung entziehen. Hinzu kommt eine gesellschaftliche Ächtung der betroffenen Familien. Viele Menschen betrachten behinderte Kinder als einen Fluch, der den Eltern von einer übernatürlichen Macht auferlegt wird, um sie für ein Unrecht zu bestrafen. Diese bizarre Denkweise, deren Ursache sicher auch mit der Armut zu tun hat, ist in den Köpfen der Menschen verankert.

Die 34-jährige Loveness Mikaeli, Mutter von drei Kindern, bekommt dies zu spüren. Ihr erstgeborenes Kind Hannah kann weder gehen noch stehen. Zum Glück unterstützt sie ihr Mann, doch seine Verwandten und Nachbarn beleidigen und beschimpfen sie wegen der Behinderung ihres Kindes. „Es ist sehr schwer, denn sowohl wir Frauen als auch unsere Kinder leiden unter Gewalt und Missbrauch“, sagt Mikaeli.

Noch schlimmer erging es der 30-jährigen Luwiza Davidson, Mutter

eines siebenjährigen behinderten Mädchens. Das Kind leidet an Zerebralparese, einer Erkrankung, die die Bewegung und den Gleichgewichtssinn einschränkt.

„Seit meine Tochter mit dieser Behinderung geboren wurde, hat sich mein Mann verändert. Er hat mich völlig im Stich gelassen, und die Liebe zwischen uns ist verschwunden. Er hat eine andere Frau geheiratet und unterstützt mich und unser Kind nicht mehr“, sagt sie.

Um Eltern mit behinderten Kindern zu unterstützen, wurde eine Vereinigung namens Parents of Disabled Children Association of Malawi (PODCAM) gegründet. Sie ist in verschiedenen Regionen tätig. „Wir haben landesweit über 18 000 Mitglieder, die meisten von ihnen sind Frauen mit behinderten Kindern. Der Großteil der Frauen wurde von ihren Ehemännern verlassen“, sagt Emily Maunde, Vorsitzende der PODCAM-Sektion in der Zentralregion des Landes. Sie sagt, dass die meisten der verlassenen Mütter arm sind, keine Arbeit haben und ihre Kinder allein aufziehen.

„Diese Frauen sind verbittert wegen dem, was sie durchgemacht haben.

Manche Ehemänner sagen ganz offen, dass die Geburt eines behinderten Kindes ein Zeichen dafür ist, dass die Mutter verflucht ist. Sie benutzen diese Ausrede, um Frau und Kind zu verlassen und wieder zu heiraten“, erklärt die Geschäftsführerin von PODCAM, Lyness Manduwa.

Die Rechte von Menschen mit Behinderungen sind ebenso wie die Rechte von Frauen in der Verfassung Malawis und anderen Gesetzen verankert. Die Gesetze stellen jede Form von Missbrauch und Gewalt gegen Menschen mit Behinderungen und Frauen unter Strafe. Aktivisten sind jedoch der Meinung, dass diese gesetzlichen Bestimmungen nicht ausreichen.

„Als Organisation haben wir versucht, diese Männer vor Gericht zu bringen, damit das Gericht ihnen auferlegt, ihre Familien zu unterstützen. In einigen Fällen ist dies gelungen, in vielen Fällen aber nicht“, sagt Maunde.



RAPHAEL MWENINGUWE
ist freier Journalist in
Malawi.
raphael.mweninguwe@
hotmail.com

IMPRESSUM

E+Z ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT

Nachhaltige Entwicklung erfordert globales Denken und lokales Handeln.

64. Jg. 2023

Die Zeitschrift erscheint auf Englisch als D+C Development and Cooperation. Internet: www.DandC.eu ISSN 2366-7249

Diese Digitale Monatsausgabe wurde am 28.02.2023 fertiggestellt.

E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanziert und von ENGAGEMENT GLOBAL herausgegeben. Zeitschrift und Website sind nicht als Regierungssprachrohr konzipiert, sondern sollen ein kontroverses Diskussionsforum für Politik, Praxis, Wissenschaft und Zivilgesellschaft auf internationaler Ebene schaffen. D+C Development and Cooperation ist der inhaltsgleiche englischsprachige Zwilling.

Wer sich an der Debatte beteiligen will, ist dazu herzlich eingeladen. Die Redaktion bittet, keine Beiträge unverlangt einzusenden, sondern Themenvorschläge zu machen. Wir bearbeiten Manuskripte nach journalistischen Kriterien und lassen die Beitragenden die redigierten Texte vor Veröffentlichung freigeben. Entsprechend bitten wir auch unsere Interviewpartner und -partnerinnen, den redigierten und gestrafften Wortlaut, den wir veröffentlichen, zu autorisieren.

ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH
Service für Entwicklungsinitiativen
Friedrich-Ebert-Allee 40
53113 Bonn
Tel. (02 28) 2 07 17-0, Fax (02 28) 2 07 17-150
www.engagement-global.de

BEIRAT:

Selmin Çalışkan, Prof. Dr. Anna-Katharina Hornidge, Prof. Dr. Katharina Michaelowa, Dr. Susanne Neubert, Bruno Wenn

VERLAG:

Fazit Communication GmbH
Geschäftsführer: Jonas Grashey, Hannes Ludwig

ANSCHRIFT VON VERLAG UND REDAKTION:

Pariser Straße 1
D-60486 Frankfurt am Main
Zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten.

REDAKTION:

Dr. Hans Dembowski (DEM; Chefredakteur, V.i.S.d.P.), Jörg Döbereiner (JD), Katharina Wilhelm Otieno (KO), Dagmar Wolf (DW; Assistenz), Maren van Treel (MVT; Social Media) Freiberufliche Mitarbeit: Sabine Balk (SB), Ronald Sseguija Ssekandi (Kolumne Heutzutage), Aviva Freudmann, Jan Walter Hofmann (Layout), Eleonore von Bothmer (Übersetzung)
Tel. (0 69) 75 91-31 10
euz.editor@dandc.eu
Mitteilung gemäß § 5 Absatz 2 Hessisches Gesetz über Freiheit und Recht der Presse: Gesellschafter des Unternehmens ist die FAZ Fazit Stiftung.

ANZEIGEN, ABONNEMENTS UND VERTRIEB:

Fazit Communication GmbH
c/o Cover Service GmbH & Co. KG
Postfach 1363
D-82034 Deisenhofen
Tel. (0 89) 8 58 53-8 32
Fax (0 89) 8 58 53-6 28 32
fazit-com@cover-services.de

DRUCK:

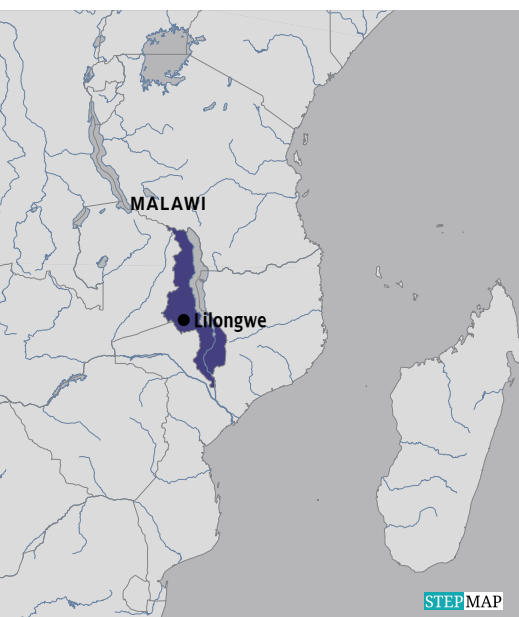
Westdeutsche Verlags- und Druckerei GmbH
Kurhessenstraße 4-6
D-64546 Mörfelden-Walldorf

Die vollständige oder auszugsweise Weiterverwendung der in E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit und D+C Development and Cooperation veröffentlichten Textbeiträge in anderen Medien ist mit Angabe der Quelle gestattet, sofern der E+Z/D+C-Redaktion zwei Belegexemplare beziehungsweise die Links zu den jeweiligen Websites zugestellt werden. Diese pauschale Genehmigung gilt nicht für die von uns verwendeten Bilder, Landkarten und sonstige Beiträge, bei denen das Copyright bei der Veröffentlichung separat und ausdrücklich vermerkt wird.

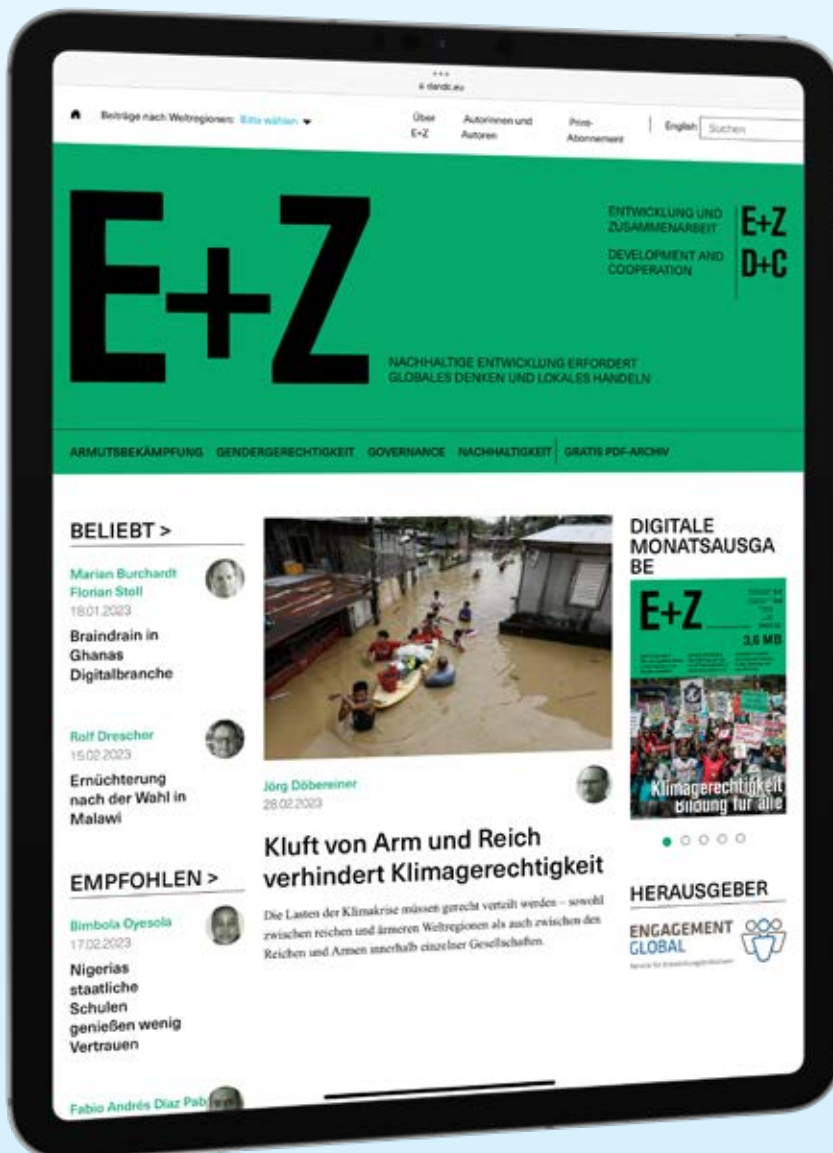
Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen nicht in jedem Falle die Meinung von Herausgeber und Redaktion dar.

BEZUGSPREISE FÜR DRUCKAUSGABE:

Einzelpreis: 2,20 €, Jahresabonnement Inland: 14,00 €, Jahresabonnement Ausland: 18,00 € (inkl. Versandkosten).



Unsere Website hat ein neues Design
und ist für mobile Nutzung optimiert.
www.dandc.eu





Papst Franziskus in Juba.

SÜDSUDAN

Pilgerreise für Frieden

Um Papst Franziskus zu sehen, reisten Anfang Februar Zehntausende in Südsudans Hauptstadt Juba. Sein Besuch war dort lange erwartet worden. Die Gläubigen hatten große Hoffnung für ihr konfliktgeplagtes Land.

Von Alba Nakuwa

Papst Franziskus sprach von einer „Pilgerreise des Friedens“. Er kam zu einer Zeit, in der die Bevölkerung der jüngsten Nation der Welt echte Zeichen des Wandels sehen will. Sie ist bloße Versprechen der Regierung leid. Viele deuteten die Anwesenheit des Kirchenoberhauptes als solch ein Zeichen. Das Land plagen endlose Unruhen; die Wirtschaft ist in katastrophalem Zustand. Einige hofften, der Pontifex könne vermitteln, denn ein Handschlag zwischen Regierung und Opposition bleibt dringend nötig.

Am Schluss feierte der Papst eine Messe am John-Garang-Mausoleum. Dort ist der Revolutionsführer, der die sudanesishe Volksbefreiungsbewegung gründete, begraben. In Anwesenheit der Spitzenpolitiker verurteilte Franziskus die permanente Gewalt zwischen Regierungstruppen und Rebellen. Laut UN-Hochkommissariat für Flüchtlinge (UNHCR) wurden rund 2,4 Millionen Menschen vertrieben. Franziskus rief zum Frieden auf.

Gleichzeitig forderte er alle auf, die Hoffnung im Friedensprozess nicht aufzugeben. In der Tat zeigte sich Juba während des Papstbesuchs einig. Die Menschen sangen und trugen religiöse Fahnen ebenso wie Südsudans Flagge. Offen ist, wie lange das hält.

Aus Angst vor Gewalt scheuen sich viele davor, ihre Meinung öffentlich zu äußern. Eine Person, die nicht namentlich genannt werden will, sagte, der Papstbesuch solle den Machthabern die Augen öffnen und sie Sicherheitsprobleme angehen lassen. Andererseits reiche der kurze Besuch nicht, um den Durst nach Frieden und Wohlstand zu stillen.

Eine andere Quelle würdigte die von Franziskus an den Tag gelegte Demut und seinen Appell an die Menschen, einander zu dienen. Dass er sich sowohl an die Regierung als auch an die Opposition wandte, schaffe Optimismus in dem von Gewalt und Korruption gezeichneten Land.

Die Menschen begrüßten auch, dass der Besuch des Papstes weltweite Aufmerksamkeit erregte. Sie fühlen sich weitgehend von der internationalen Gemeinschaft vernachlässigt, die ziemlich wenig Interesse an ihrem andauernden Leid zeigt. Franziskus ist das erste Staatsoberhaupt seit langer Zeit, das sich persönlich für den Südsudan einsetzt – und das beein-

druckt Menschen aller Glaubensrichtungen.

Wesentliche Reformen zur Wiederherstellung des Friedens wurden bisher nicht umgesetzt. Was getan werden muss, steht im bereits 2018 verfassten „Revitalisierten Abkommen zur Konfliktlösung im Südsudan“ (R-ARCSS). Viele hoffen, dass Franziskus hier einen neuen Impuls zur Implementierung gegeben hat, nicht zuletzt, weil sowohl in der Regierung als auch in der Opposition viele hochrangige Personen katholisch sind.

Gleichzeitig haben einige Zweifel, dass die kurze Anwesenheit des Pontifex im Land langfristig etwas bewirken wird. Dabei ist unübersehbar, wie dringend der Südsudan neue Möglichkeiten für Investitionen, Bildungsreformen und Fortschritte in vielen anderen Bereichen braucht.

In dieser Hinsicht besteht kein großer Unterschied zwischen der Reise des Papstes in die Demokratische Republik Kongo (DR Kongo) und den Südsudan. Beide Länder sind reich an Bodenschätzen und gezeichnet von schier endlosen Konflikten und Bürgerkriegen. Nach wie vor kommt es immer wieder zu Gewaltausbrüchen.

In der DR Kongo wirkte sich diese Gewalt sogar auf das Programm des Papstes aus. Er sollte die Region Kivu im unruhigen Osten besuchen. Wegen des anhaltenden Konflikts mit bewaffneten Milizen in der Region musste er jedoch in Kinshasa landen. Unterdessen starben in Kajo-Keji im Westen des Südsudan mindestens 20 Menschen, und 300 wurden bei einem brutalen Überfall von Viehdieben vertrieben, einen Tag bevor der Papst in Juba landen sollte.

Glaubensrepräsentant*innen bleiben in der Regel in Krisengebieten präsent, selbst wenn die meisten anderen Institutionen bereits verschwunden sind. Sie prangern schlechte Regierungsführung und Gewalt kontinuierlich an. Der christliche Glaube ist sowohl in der DR Kongo als auch im Südsudan tief verwurzelt, und die katholischen Priester dienen den lokalen Gemeinschaften, die inmitten der Konflikte leben müssen. Zweifellos ermutigt sie der Besuch ihres obersten Hirten in ihrem Land.



ALBA NAKUWA
ist freie Journalistin aus dem Südsudan. Sie lebt in Nairobi.

albanakwa@gmail.com



Malawi Präsident Lazarus Chakwera Ende 2022 in Washington.

MALAWI

Ernüchterung nach der Wahl

Der Wahlsieg von Präsident Lazarus Chakwera bei den gerichtlich angeordneten Neuwahlen im Juni 2020 war ein Votum für grundlegenden politischen Wandel in Malawi, begleitet von großer Aufbruchstimmung. Mittlerweile hat sich allerdings Enttäuschung breitgemacht: Der Wirtschaft des Landes geht es schlecht, und Korruption schwächt das Vertrauen in die Politik.

Von Rolf Drescher

Zwei Drittel der malawischen Bevölkerung sind der Meinung, dass die Regierung bei der Korruptionsbekämpfung schlechte Arbeit leiste und die Korruption unter Präsident Chakwera erheblich zugenommen habe, das ergab eine Umfrage des panafrikanischen Meinungsforschungsinstituts „Afrobarometer“ im April 2022. Im Mittelpunkt steht aktuell der Fall von Zuneth Sattar, eines in Malawi geborenen, in Großbritannien lebenden Geschäftsmanns. Gegen ihn laufen Untersuchungen der malawischen Antikorruptionsbehörde (ACB – Anti-Corruption Bureau) und der britischen Behörde zur Bekämpfung von Kriminalität (NCA – National Crime Agency) wegen Korruption im Zusammenhang mit Beschaffungsverträgen für die malawischen Sicherheitskräfte im Umfang von 150 Millionen Dollar.

Gegenüber der Financial Times sagte ACB-Chefin Martha Chizuma, dass der Fall alle Merkmale eines „State Capture“ mit

systemischer Korruption aufweise, durch die wirtschaftliche Eliten staatliche Entscheidungsprozesse zu ihrem Vorteil beeinflussen und kontrollieren. Laut einem ACB-Bericht laufen gegenwärtig Ermittlungen gegen mehr als 80 hohe Funktionsträger aus Staat und Wirtschaft, die von Sattar Gelder erhalten haben sollen, darunter Vizepräsident Saulos Klaus Chilima. Er soll 2021 von Sattar 280 000 Dollar bekommen haben, um Beschaffungsvorgänge zu beeinflussen. Chilima wurde im November verhaftet, kam aber gegen Kaution sofort wieder frei. Präsident Chakwera entzog ihm alle offiziellen Aufgaben. Entlassen konnte er ihn aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht.

Die Regierung erweckt nicht den Eindruck, das ACB nachhaltig stärken zu wollen – das wurde zuletzt im Fall der ACB-Chefin Chizuma deutlich. Sie war im Dezember verhaftet und anschließend freigelassen worden. Eine eingesetzte Untersuchungskommission hat Hintergründe und Verantwortlichkeiten ihrer Verhaftung nicht vollständig aufgeklärt.

Es gibt in Malawi auch positive Entwicklungen, zu denen die lebhaftere Zivilgesellschaft und der relativ gute Zustand der Pressefreiheit beitragen. Die aktuelle wirtschaftliche und soziale Lage gibt aber keinen Anlass zu Optimismus. Malawi ist weiterhin eines der ärmsten Länder der Welt.

Der Internationale Währungsfonds (IWF) hat für 2022 ein Wirtschaftswachs-

tum von 0,9 Prozent berechnet, 2023 soll es auf 2,5 Prozent steigen. Bei einem Bevölkerungswachstum von etwa 3 Prozent bedeutet dies einen Rückgang der Wirtschaftsleistung pro Kopf. Eine nachhaltige Armutsreduzierung setzt ein stabiles Wirtschaftswachstum von 6 bis 7 Prozent voraus, doch fehlen hierfür die strukturellen Voraussetzungen. Das knappe Budget lässt der Regierung kaum Spielraum. Devisenmangel hat bereits zu Knappheit an Benzin, Medikamenten, Düngemitteln und anderen wichtigen Gütern geführt.

Die Verschuldung wird von Weltbank und IWF als nicht nachhaltig eingestuft, mit einem hohen Risiko der Zahlungsunfähigkeit. Die Gesamt-Inflationsrate lag annualisiert im November 2022 bei 20 Prozent. Die Preissteigerung für Nahrungsmittel liegt aktuell bei über 30 Prozent. Das treibt viele Menschen in die Armut: Geschätzte 3,8 Millionen Menschen werden in der Zeit von Oktober 2022 bis März 2023 Nahrungsmittelhilfe benötigen. 70 Prozent der Bevölkerung leben in Armut. Wirtschaftlich schlagen die negativen Auswirkungen der Covid-Pandemie, des Ukraine-Kriegs, des Tropensturms Ana Anfang 2022 und des globalen Wirtschaftsabschwungs zu Buche. Sie sind nicht der Regierung anzulasten.

Unterm Strich hat Präsident Chakwera bei Amtsantritt eine erhebliche Erblast und leere Staatskassen übernommen. Die Regierung muss das verlorene Vertrauen der Wählerinnen und Wähler jetzt vor allem mit einer kompromisslosen Korruptionsbekämpfung und einer effektiven Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik zurückgewinnen.

Es ist zu hoffen, dass die internationalen Organisationen und Geberstaaten Malawi dabei unterstützen – nicht mit zahllosen kleinteiligen Projekten, sondern insbesondere beim Ausbau der Infrastruktur, mit wirtschaftlichen Investitionen, verstärkten Handelsbeziehungen und bei der Anpassung an die Folgen der Klimakrise, die für Malawi schon jetzt erheblich sind. Schuldenerlass und Budgethilfe wären ein richtiges Signal der Unterstützung.



ROLF DRESCHER
ist freiberuflicher Consultant.
Er lebt und arbeitet in Berlin
und Lilongwe.
rolf.drescher@icloud.com

Leserbrief



AUSGEBEUTETE AGRARTRADITIONEN

Hans Dembowski: Hunger beenden (E+Z/D+C Digitale Monatsausgabe 2022/11, S. 3) Die agrarischen Gemeinschaften, die Sie erwähnen, „hüten“ die „unverzichtbaren Ressourcen“ nicht **trotz**, sondern **wegen** ihrer Armut, also aus Mangel an Alternativen. Ihre Praktiken werden als unverzichtbar wahrgenommen und deshalb traditi-

onell vererbt. Von Menschen geschaffene Agrarlandschaften zeichnen sich durch besondere Ökosysteme aus, die aber keineswegs stabil sind, ganz im Gegenteil sind sie sehr labil! Sobald sie nicht mehr gepflegt werden, setzt wieder eine natürliche Dynamik ein, die schließlich zur Zerstörung der Agrarlandschaft führt.

Der Zerfall einer Agrar- beziehungsweise Kulturlandschaft ist ein Kulturschaden, also eigentlich kein Umweltschaden. Naturlandschaften unterliegen der grundsätzlichen natürlichen Dynamik, Kulturlandschaften werden möglichst durch das Nutzungssystem stabilisiert. Agrarlandschaften sind daher nur scheinbar bei kurzzeitiger Betrachtung stabil. Ihre im Grunde sehr labile Stabilität verdanken sie dauernder Arbeit zur Erhaltung. Bei Agrarlandschaften muss man zwischen produktiver und reprodu-

tiver Arbeit unterscheiden. Erstere dient der Produktion von Nahrungsmitteln beziehungsweise Rohstoffen, die reproduktive Arbeit dagegen allein dem Erhalt des Systems.

Sobald die reproduktive Arbeit im Vergleich zur produktiven Arbeit und deren Ergebnissen als zu hoch empfunden wird, wird die Pflege der Agrarlandschaft aufgegeben und dem Verfall preisgegeben. Dieser Prozess ist für die Almwirtschaft in den Alpen eindeutig belegt und lässt sich insbesondere an zahlreichen Bewässerungs- und Terrassenlandschaften nachweisen.

Natürliche Ökosysteme sind wie die Natur insgesamt grundsätzlich dynamisch. Der auf sichere Erträge angewiesene Bauer setzt alles daran, aus einer dynamischen Naturlandschaft eine stabile Agrarlandschaft zu schaffen. Das gelingt aber nur um den Preis von dauernder Arbeit.

Wenn das Erbe aus traditioneller Züchtung nur bewahrt werden muss, damit es als Grundlage moderner Züchtung durch Agrarkonzerne genutzt werden kann, dann stellt das eine moderne Form der Ausbeutung dar. Wo bleibt da der Hinweis, dass dieses Erbe nicht kostenlos verwertet werden darf? Dieses Erbe kann nur dauerhaft bestehen, wenn die Gesellschaften, die für Züchtung und Bewahrung zuständig sind, in ihrer überlieferten Wirtschafts- und Lebensweise unverändert bestehen bleiben, also in Armut verharren müssen.

Dr. Artur Behr, Hermannsburg

Anmerkung der Redaktion:

In demselben Heft, in dem das erwähnte Editorial erschien, ging Parviz Koochafkan (ab S. 24) ausführlich auf global wichtige Agrartraditionen und die unakzeptable Armut der jeweiligen örtlichen Gemeinschaften ein.

SHARE YOUR VIEWS ON OUR PLATFORM!

If you have a thought you would like to share on our platform, please get in touch with the editorial office and send us a short proposal of 10 sentences or so in which you outline your main thesis and supporting arguments.

We believe that voices from **Africa, Asia and Latin America** must be heard in global debate. We would like to increase the number of contributions from **Africa and the Arab region**. Therefore, we encourage journalists, civil-society experts and academics in countries concerned to write for us. We are especially interested in **women's point of view**.

Nonetheless, this invitation applies to everyone, regardless of gender or nationality. We need correspondents everywhere, and are keen on closing some evident gaps. We pay a modest financial compensation for articles. If you would like to contribute, please send an e-mail to: euz.editor@dandc.eu.



Überschwemmung auf den Philippinen.

SCHWERPUNKT

Klimagerechtigkeit

„Wir indigenen Völker haben die niedrigsten CO₂-Bilanzen.“
JOAN CARLING, S. 14

„Frauen treiben trotz vieler Schwierigkeiten oft den Wandel voran.“
NUSRAT NAUSHIN UND MALIHA MASFIQUA MALEK, S. 17

„Der ‚grüne‘ Extraktivismus ist eine neue problematische Form der Rohstoffwirtschaft.“
CONNIE NAGIAH UND MARGARET MAPONDERA, S. 18

„Togo hat in der Corona-Pandemie ein neuartiges Grundeinkommen eingeführt.“
SAMIR ABI, S. 20

„Zu Kenias drängendsten Problemen gehört die ungleiche Ressourcenverteilung.“
ABIGAELE KIMA, S. 21

„Die Weltbank hat einen umfassenden, sektorübergreifenden Ansatz für den Kohleausstieg entwickelt.“
ELIZABETH RUPPERT BULMER, S. 23

„Shell ist gegen die Gerichtsentscheidung in Berufung gegangen.“
SABINE BALK, S. 26

„Die gute Nachricht ist, dass ESG-Fonds zunehmend beliebt sind.“
BRUNO WENN, S. 27

„Unsicherheiten im Anthropozän beeinträchtigen die psychische Gesundheit.“
ROLI MAHAJAN, S. 28

„32 Onlinekurse von UNEP vermitteln Einblicke in internationales Umweltrecht.“
SUPARNA BANERJEE, S. 31

„In Entwicklungsländern kann die CO₂-Bepreisung dazu beitragen, die Steuerpolitik effektiver zu gestalten.“
PRINCE THOMPSON, S. 32

„Es gibt zu wenig Daten darüber, wen welche Art von Katastrophe wie trifft.“
SUPARNA BANERJEE, S. 33



Angehörige indigener Völker kämpfen auf den Philippinen für ihr Land und für Umweltschutz.

INDIGENE VÖLKER

Kampf gegen den „grünen Kolonialismus“

Fragen der Gerechtigkeit werden in der globalen Klimadebatte immer wichtiger. Joan Carling, eine philippinische Aktivistin für die Rechte indigener Völker und für Umweltschutz, erklärt im Interview mit E+Z, was gefährdete lokale Gemeinschaften fordern und was die Umstellung auf nachhaltige Lebensstile weltweit verhindert.

Joan Carling im Interview mit Maren van Treel

Wie definieren Sie Klimagerechtigkeit?
Klimagerechtigkeit heißt, dass die Krisenursacher Verantwortung übernehmen.

Sie müssen die Lage in den Griff bekommen und jene unterstützen, die unverhältnismäßig unter den Folgen leiden. Der Klimawandel ist eine Folge der Industrialisierung, daher müssen reiche Länder mit langer Industriegeschichte Verantwortung übernehmen. Arme Länder haben nicht die Mittel, mit den globalen Umweltveränderungen fertigzuwerden, sie verdienen Hilfe. Die reichen Länder müssen aber nicht nur die ärmeren Länder unterstützen, sondern auch ihren CO₂-Ausstoß drastisch reduzieren. Noch ändern sie nicht genug an ihrem nicht nachhaltigen Lebensstil und ihrem ausbeuterischen Wirtschaftssystem.

Wie sind die Perspektiven indigener Völker?

Wir indigenen Völker haben die niedrigsten CO₂-Bilanzen. Wir leben in Gegenden, in denen die Folgen der globalen Erwärmung spürbar sind, haben aber nicht die Mittel, die schnellen Veränderungen zu bewältigen. Bisher konnten wir uns anpassen, weil der Wandel langsam voranschritt. Inzwischen ist er aber schnell, drastisch und weitgehend unvorhersehbar.

Wird Ihre Stimme in der globalen Debatte gehört?

Wir verschaffen uns in den Klimagesprachen Gehör, aber unsere Rechte und unser Wohlergehen werden nicht voll berücksichtigt. Wir können viel beitragen, vor allem was unser Wissen und unsere Praktiken im Hinblick auf Nachhaltigkeit angeht. Wichtig ist, wie wir über Ressourcen denken. Für uns sind sie nicht nur wertvoll, weil sie unseren aktuellen Bedürfnissen dienen, sondern auch, weil künftige Generationen sie ebenfalls brauchen. Daher gehen wir sorgsam mit ihnen um und bewahren sie.

Entsprechend findet sich ein Großteil der verbleibenden Biodiversität der Erde in Gebieten indigener Völker. Für indigene Gemeinschaften zählt das Gemeinwohl, nicht das Interesse Einzelner.

Würden Sie sich das auch auf internationaler Ebene wünschen?

Global steht der monetäre und kommerzielle Wert von Ressourcen im Fokus. Der auf Gewinnmaximierung ausgerichtete Extraktivismus hat den Klimawandel verursacht. Unternehmen schaffen eine künstliche Nachfrage, damit die Menschen mehr konsumieren. Produktion und Konsum resultieren aus Gewinninteressen. Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit spielen nur eine untergeordnete Rolle. Diese Einstellung muss sich ändern.

Glauben Sie, das wird kommen?

Ja, ich sehe, dass sich besonders bei jungen Menschen die Einstellung ändert. Es gibt den Trend, dass Menschen ihren Konsum reduzieren, um ihren CO₂-Fußabdruck zu verkleinern. Sie gehen auch auf die Straße und fordern von den Regierungen drastische Maßnahmen, um ihre Zukunft zu sichern. Viele Menschen legen Wert auf Recycling und kaufen ihre Kleider secondhand statt neu. Es geschieht auch viel aus dem Geist der Freiwilligenarbeit heraus. Menschen räumen auf, sammeln Müll und erzeugen nicht noch mehr Abfall. Die kleinen Dinge zählen. Je mehr Menschen mitmachen, desto mehr erreichen wir. Dennoch müssen wir die Ursachen angehen. Die Krisenverursacher müssen ihr Verhalten umgehend ändern. Systemische Veränderungen müssen auf globaler Ebene umgesetzt werden, um das extraktivistische, nicht nachhaltige Wirtschaftssystem zu ändern.

Sind Sie zufrieden mit den Ergebnissen des Klimagipfels in Ägypten im vergangenen Jahr?

Die Einführung eines Mechanismus für Schäden und Verluste ist ein großer Schritt nach vorn – in meinen Augen ist er ein entscheidendes Instrument, um Verantwortung zu übernehmen. Aus Sicht indigener Völker bedeutet der Umgang mit den Schäden und Verlusten, unsere harmonische Beziehung zur Natur wiederherzustellen. Es ist wichtig, zerstörte und geschädigte Gebiete zu rehabilitieren, und dafür braucht es finanzielle und technische Unterstützung.

Die indigenen Gemeinschaften, die unter Klimafolgen wie Überschwemmungen und Dürren leiden, sollten auch direkt, angemessen und ausreichend unterstützt und gefördert werden. Wir müssen sicherstellen, dass sich die Umweltzerstörung nicht wiederholt.

Welche Gefahren lauern auf dem Weg zu einer nachhaltigen Welt?

Ein gerechter Übergangsprozess ist ein wichtiger Bestandteil von Klimagerechtigkeit. Wir unterstützen den Übergang



Joan Carling (rechts) setzt sich für die Rechte indigener Völker ein.

von fossilen Brennstoffen zu erneuerbaren Energien, aber er darf nicht zulasten indigener Gemeinschaften gehen. Leider ist genau das der Fall. Unser Land wird für Projekte im Bereich der erneuerbaren Energien in Beschlag genommen, für Windräder, Solarparks oder Staudämme. Wenn Mineralien, die für die Energiewende gebraucht werden, ohne die Zustimmung der indigenen Völker abgebaut werden, ohne Gerechtigkeit und Umweltschutz, dann ist das grüner Kolonialismus im Namen des Klimaschutzes. Wir müssen sicherstellen, dass Menschenrechte gewahrt werden und der Übergangsprozess nach Grundsätzen der sozialen Gerechtigkeit stattfindet. Viel zu oft werden wir indigenen Völker nicht berücksichtigt. Unsere Ressourcen werden ohne unsere freie, vorherige und informierte Zustimmung ausgebeutet – die aber Teil unserer Grundrechte ist. Wieder einmal sind wir die Verlierer. Wir werden geopfert, obwohl wir am meisten für den Schutz der globalen Umwelt tun.

Was macht Ihre Organisation, Indigenous Peoples Rights International (IPRI)?

Wir schaffen Bewusstsein, unterstützen Gemeinschaften, die ihr Land, ihre Gebiete und Ressourcen verteidigen. Und wir treiben politische Reformen voran zur Achtung und zum Schutz der Rechte indigener Völker gegen Kriminalisierung und straffreie Menschenrechtsverletzungen. Wir bestehen auf Lösungen, die diese Rechte respektieren und mehr Beteiligung ermöglichen. Wenn ohne uns entschieden wird, begreift niemand, welche Folgen der Klimawandel und die sogenannte Entwicklungspolitik auf unser Leben haben. Wir tun alles dafür,

um uns Gehör zu verschaffen. Wir sind nicht nur Opfer, wir pochen auf unsere Rechte und machen Lösungsvorschläge.

Sehen Sie im Umgang mit der Klimakrise Rassismus?

Ja, es gibt eine starke rassistische Unterströmung. Einige Menschen sind privilegiert, anderen wird ein Leben in Würde verwehrt. „Warum sollten wir unser Wirtschaftssystem und unseren bequemen Lebensstil ändern?“ – das ist eine rassistische Haltung, wenn die armen Menschen, meist „coloured people“, darunter leiden. Das widerspricht der Notwendigkeit globaler Solidarität, um CO₂-Emissionen an ihrer Quelle drastisch zu reduzieren und jene zu unterstützen, die unter den Klimafolgen leiden, obwohl sie am wenigsten zu ihnen beigetragen haben.

2018 bezeichnete die Regierung des philippinischen Präsidenten Rodrigo Duterte Sie als Terroristin. Wie hat das Ihr Leben beeinflusst?

Ich bin mir vollkommen im Klaren darüber, was gefährdete Menschenrechtler*innen

durchmachen. Die emotionale und mentale Wirkung ist enorm. Es verursacht Unsicherheit, Stress und Angst, man kann sich schlecht auf die Arbeit konzentrieren, die man tun möchte. Manchmal ist es sehr schwierig, andere Strategien der Interessenvertretung zu verfolgen, weil die Risiken und die möglichen Folgen für das Leben und Wohlergehen der Aktivist*innen an vorderster Front zu groß sind.

und sollten nicht in Angst leben müssen. Wir setzen uns für das Gemeinwohl ein, nicht für Sonderinteressen.

Hat das IPRI ermutigendere Nachrichten aus anderen Ländern?

Ja, jüngste Entwicklungen in Brasilien und Kolumbien machen Mut. Einige Partnerinnen von IPRI haben kürzlich einflussreiche Positionen eingenommen. Sônia Guajajara

Wir sehen uns zunehmenden Risiken ausgesetzt, wenn wir unsere Meinung äußern. In den meisten Ländern sind die entwicklungspolitischen Ansätze immer noch nicht nachhaltig. Das einzig Gute ist, dass Jair Bolsonaro in Brasilien nicht wiedergewählt wurde. Er hat aber immer noch eine große Anhängerschaft, und es gibt eine rechte Bewegung. Präsident Luiz Inácio Lula da Silva hat auf den Klimagipfel in Ägypten hingegen frischen Wind gebracht. Wir Indigenen haben uns dort mit ihm getroffen und sein klares Bekenntnis zum Schutz des Amazonasgebietes gewürdigt.

Wie schätzen Sie die Lage in China ein?

China ist ein sehr komplexes Land. Es strebt klar Dominanz an, daher nimmt es enorme Investitionen und Förderungen vor und investiert etwa überall in Asien, Afrika und Lateinamerika. China verfügt über keine wirksamen Rechenschaftsmechanismen und hat einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat. Das Land positioniert sich als Wirtschaftsmacht, aber ohne ökologische oder soziale Schutzmaßnahmen, und ohne Achtung und Schutz der Menschenrechte.

Erkennen Sie positive Klima-Impulse aus China?

Ich glaube, innenpolitisch versucht China, sich den Herausforderungen zu stellen. Das ist gut für die chinesische Bevölkerung. Sie konzentrieren sich auf wirtschaftliche Kontrolle weltweit, aber nicht auf Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit. Sie müssen anerkennen, dass wir uns die Ressourcen der Welt teilen und sie gemeinsam zum Nutzen der gesamten Menschheit nachhaltig bewirtschaften müssen. Das ist globale Solidarität. Wir alle sind dem Untergang geweiht, wenn jedes Land, nicht nur China, nur seine eigene Bevölkerung schützt – zum Nachteil anderer.



JOAN CARLING
ist Aktivistin für die Rechte indigener Völker und für Umweltschutz. Sie leitet Indigenous Peoples Rights

International (IPRI), eine gemeinnützige Organisation zur Verteidigung der Rechte indigener Völker. 2018 erhielt sie den Preis „Champions of the Earth“ des UN-Umweltprogramms UNEP.
euz.editor@dandc.eu, Twitter: @JoanCarling



Präsident Luiz Inácio Lula da Silva mit Sônia Guajajara, Brasiliens erster indigener Ministerin.

Haben Sie Ihre Mission daraufhin in Frage gestellt?

Nein. Das Vorgehen der Regierung hat mich darin bestärkt, dass wir diese Art des autoritären Regierens nicht als normal ansehen dürfen. Wir brauchen einen Wandel. Es ist nicht akzeptabel, dass Menschenrechte mit Füßen getreten werden. Die große lokale, nationale und internationale Solidarität hat mich ermutigt. Sie war überwältigend – schließlich haben die Behörden die Anklage gegen mich und andere Aktivist*innen fallengelassen. Damals erhielt ich vom Umweltprogramm der Vereinten Nationen UNEP die Auszeichnung „Champions of the Earth“. Überhaupt verdienen Umweltaktivisten und Menschenrechtsverteidigerinnen Würdigung. Wir sind keine Terroristen

ist jetzt Brasiliens Bundesministerin für indigene Völker, und Leonor Zalabata Torres ist Kolumbiens neue ständige UN-Vertreterin in New York. Sie ist Mitglied in unserem Vorstand. Hoffentlich können diese beiden starken Frauen einen großen Beitrag zum Schutz unserer Rechte, unserer Lebensqualität und unserer größeren Ziele leisten – nicht nur in ihren Ländern, sondern weltweit.

Wie schätzen Sie Klimagerechtigkeit in Ländern mit mittleren und niedrigen Einkommen ein?

In diesen Ländern gibt es immer mehr soziale Bewegungen – und zugleich mehr autoritäre Regierungen. Politische Unterdrückung ist eine große Herausforderung.

GESCHLECHTER-GLEICHSTELLUNG

Frauen brauchen Gerechtigkeit

Die Klimakrise ist eine der größten Gefährdungen der Menschheit. Sie verläuft nicht geschlechtsneutral. Das muss die Klimapolitik berücksichtigen.

Von Nusrat Naushin und Maliha Masfiqua Malek

Der Klimawandel verschärft bestehende Ungleichheiten. Frauen und ausgegrenzte Gruppen tragen die Hauptlast, bekommen aber am wenigsten Unterstützung. In alarmierendem Ausmaß verursacht die globale Erhitzung Schäden und Verluste. Sie verschärft zudem andere Umweltprobleme wie Wüstenbildung oder die Erosion von Ökosystemen, die ihrerseits zu wachsenden Schäden und Verlusten führen.

Am stärksten betroffen sind marginalisierte ländliche Gemeinschaften. Auf die Resilienz der bedrohten Menschen kommt es an. Frauen und Männer sind den Folgen auf unterschiedliche Weise ausgesetzt. Den Interessen von Frauen gebührt Aufmerksamkeit in Entscheidungs- und Implementierungsverfahren. In Entwicklungsländern hängen Frauen in besonderem Maße von Naturressourcen ab. Derweil werden sie im öffentlichen Leben oft ignoriert und leiden in Krisen besonders. Um ihnen mehr Mitsprache zu verschaffen, sind Schul- und Weiterbildung sowie institutioneller Wandel unerlässlich.

In verschiedener Hinsicht hängt erfolgreiche Klimaanpassung von geschlechtssensiblen Maßnahmen ab:

- **Ressourcen:** Frauen und Mädchen sind oft benachteiligt, wenn es um Landbesitz, Geld und Zugang zu Technik geht. Das begrenzt ihre individuellen Anpassungsmöglichkeiten.
- **Sicherheit:** Frauen und Mädchen leben mit einem höheren Gewaltisiko – und zwar besonders im Zusammenhang von Abwanderung und Migration.
- **Gesundheit:** Ökologische Veränderungen beeinträchtigen die hygienischen Bedingungen, und Frauengesundheit leidet auf spezielle Weise, wenn sicheres Wasser knapp wird.

- **Wirtschaftliche Chancen:** Der Klimawandel beeinträchtigt Erwerbsmöglichkeiten – vor allem im ländlichen Raum, wo Menschen von natürlichen Ressourcen abhängen. Für Frauen und Mädchen gilt das in hohem Maße. Ohnehin haben sie in vom Klimawandel besonders bedrohten Ländern schlechtere ökonomische Chancen als Männer und Jungen.

Frauen treiben trotz vieler Schwierigkeiten oft den Wandel in ihren Gemeinschaften voran. Sie spielen für nachhaltige Entwicklung wichtige Rollen. Das gilt hochgradig auch dafür, wie auf die Klimakrise reagiert wird.

Das Dorf Tengarkhali im Südwesten von Bangladesch ist ein Beispiel. Es wurde schon oft von Seewasser überflutet. Versalzung hat sicheres Trinkwasser immer knapper gemacht. Zwanzig Jahre lang haben Gita Roy und andere Frauen aus diesem Dorf im Distrikt Satkhira daran gearbeitet, die Dorfbevölkerung – und vor allem die Ältesten – davon zu überzeugen, dass Osmosewasserfilter die Lösung sind. Mit Unterstützung der zivilgesellschaftlichen Organisationen WaterAid Bangladesh betreiben die Frauen erfolgreich eine Anlage zur Trinkwasseraufbereitung – und haben damit eine langfristige Klimafolge beherrschbar gemacht.

Um Frauen volle Mitwirkungsrechte zu verschaffen, muss das gesellschaftliche Umfeld verändert werden. Es gilt, kulturelle Hürden zu überwinden. Zentrale Punkte sind:

- Frauen brauchen besseren Zugang zu Land, Geld und Technik, damit ihr Einfluss wächst.
- Damit sich Frauen und Mädchen mehr Gehör verschaffen können, sind Investitionen in die Schulbildung von Mädchen und in die Berufs- und Weiterbildung von Frauen nötig.
- Obendrein muss ihre Mitwirkung im öffentlichen Leben ermutigt werden, und zwar besonders im Blick auf Umweltthemen und Geschlechtergerechtigkeit.
- Bei allen Maßnahmen für Klimaschutz und -anpassung müssen die Interessen von Frauen und Mädchen systematisch beachtet werden.

Das Wissen von Frauen ist für kompetente Reaktionen auf die Klimakrise wichtig. Sie müssen Führungsrollen übernehmen, was nationale und international Akteure ermöglichen müssen. Es geht nicht nur um Geld. Gebraucht werden auch Bildung, Capacitybuilding und Ermutigung.

Klimafinanzierung muss Geschlechterdifferenzen berücksichtigen. Ohne umfassend verstandene Geschlechtergerechtigkeit kann es keine Klimagerechtigkeit geben.



NUSRAT NAUSHIN arbeitet für das International Centre for Climate Change and Development (ICCCAD) in Dhaka und koordiniert

dessen Loss-and-Damage-Programme. nusrat.naushin@icccad.org



MALIHA MASFIQUA MALEK ist ebenfalls Wissenschaftlerin am ICCCAD.

maliha.malek@icccad.org



Flutwasser nähert sich einer Kochstelle.



Umweltschäden infolge der Ölförderung im Niger-Delta: Manche Grundstücke sind gefährlich kontaminiert.

EMPOWERMENT

Frauen gegen umweltschädliche Großprojekte

In Subsahara-Afrika sind Frauen und vulnerable Gruppen am stärksten von der Klimakrise betroffen. Das panafrikanische, ökofeministische Bündnis WoMin führt den Kampf für Klimagerechtigkeit für Frauen. Die Aktivistinnen setzen sich vor allem gegen umweltschädliche Großprojekte ein. Sie wollen afrikanischen Frauen und Gemeinschaften vor Ort eine Stimme geben.

Von Connie Nagiah und Margaret Mapondera

Afrika ist besonders benachteiligt: Seit 1880 hat der Kontinent weniger als drei Prozent der gesamten CO₂-Emissionen verursacht, die Auswirkungen der Klimakrise sind aber bereits jetzt verheerend. Hitzewellen, Dürren, Waldbrände, Überschwemmungen und der Anstieg des Meeresspiegels, der die Küs-

tenregionen betrifft, nehmen rasant zu. Die Ernährungssicherheit und Lebensgrundlagen vieler Millionen Menschen sind in Gefahr. Bei einer Bevölkerung von derzeit etwa 1,4 Milliarden Menschen rechnet die Weltbank bis zum Jahr 2050 mit bis zu 86 Millionen Klimavertriebenen in Afrika.

Frauen tragen die Hauptlast der Klimakrise, weil sie aufgrund traditioneller patriarchaler Geschlechterrollen meist die Verantwortung für die Produktion und Zubereitung von Nahrungsmitteln sowie von Wasser- und Energieversorgung haben. Zudem leisten sie in den meisten Fällen die Pflege und Betreuung von Kindern sowie älteren und kranken Menschen.

Diese Lebenswirklichkeit afrikanischer Frauen will die zivilgesellschaftliche Organisation WoMin sichtbar machen und ihre Position stärken. Die Arbeit zielt vor al-

lem darauf ab, dass die Umwelt, in der Frauen leben, nicht weiter zerstört wird. Diese ist aber in vielen Ländern wegen Megaprojekten zur Rohstoffgewinnung oder dem Infrastrukturausbau in Gefahr.

LANDRAUB UND UMWELTZERSTÖRUNG

WoMin organisiert in Zusammenarbeit mit Frauenverbänden, Landwirt*innen und vom Bergbau betroffenen Gemeinschaften Widerstandsbewegungen. Dazu gehören Kampagnen gegen Ölförderung und Minen. Dabei werden auch die Auswirkungen des Klimawandels und der damit verbundenen Krisen auf Bauers- und Arbeiterfrauen aufgezeigt und bekannt gemacht.

Ngozi Azumah aus Nigeria klagte beim Women's Climate Assembly im Oktober 2022 im Nigerdelta über Energiekonzerne: Fruchtbare Böden seien wegen der Öl- und Gasförderung verseucht, aber Unternehmen entschädigten Betroffene nicht. „Bevor die Ölfirmen kamen, hatten wir Arbeit“, sagt sie, „jetzt haben Frauen nichts mehr, womit sie handeln und ihre Kinder ernähren können.“

Das von WoMin unterstützte Treffen brachte über 100 Frauen aus verschiedenen Organisationen aus West- und Zentralafrika



Teilnehmerinnen der Women's Climate Assembly im Oktober 2022 im Nigerdelta.

zusammen, um gemeinsam gegen zerstörerische Großprojekte vorzugehen. Solche Vorhaben verschlimmern nach Ansicht der Teilnehmerinnen häufig die Klimakrise und beeinträchtigen den Zugriff lokaler Gemeinschaften auf Ressourcen wie Wasser und Ackerland. Die Veranstaltung bot den Frauen eine Plattform, um nachhaltige und gerechte Entwicklungslösungen zu besprechen, von denen das kurz- und langfristige Überleben afrikanischer Frauen und ihre Gemeinschaften abhängen.

„Wenn wir die Stimmen der Landfrauen einbeziehen, können wir sicherstellen, dass es echte Lösungen für den Klimawandel gibt“, betonte Josiane Boyo Yebi aus Côte d'Ivoire. Die Frauen auf dem Land seien doppelt betroffen: durch den Verlust von Land und die Auswirkungen der Klimakrise.

KONKRETE PROJEKTE

WoMin ist bislang in 13 afrikanischen Ländern aktiv und unterstützt zahlreiche Initiativen, darunter ein Kollektiv von Fischverarbeitenden Frauen im senegalesischen Bargny. Die Frauen kämpfen gegen ein Kohlekraftwerk, das dort gebaut werden soll. Sie fürchten, dass die Anlage ihre ohnehin schon verschmutzte Küste weiter vergiften und somit ihre Lebensgrundlagen zerstören wird.

In Madagaskar arbeitet WoMin mit der Organisation CRAAD-OI (Centre de Recherches et d'Appui pour les Alternatives de Développement-Océan Indien), die sich für Geschlechtergerechtigkeit und eine alternative nachhaltige Entwicklung einsetzt. Die Aktivist*innen unterstützen dort einen

von Frauen geführten Widerstand gegen das australische Bergbauprojekt Base Toliara. Die Frauen sehen durch den geplanten Abbau von Mineralien die Souveränität der indigenen Mikea-Gemeinschaft und die geschützten Wälder bedroht.

In Südafrika richtet sich WoMin in der Nordkap-Provinz gegen sogenannten grünen Extraktivismus, den die Organisation als betrügerisches Greenwashing entlarven will. Internationale Konzerne und Politiker zeigen aber nach wie vor ein gieriges Interesse an Afrikas üppigen natürlichen Ressourcen sowie seinen Märkten.

Der „grüne“ Extraktivismus ist eine neue problematische Form der Rohstoffwirtschaft. Es geht um Mineralien und Metalle, die für Technologien zur Bekämpfung des Klimawandels wie Lithiumbatterien, Windturbinen, Solarzellen oder Elektrofahrzeuge benötigt werden. Problematisch sind auch die Energieerzeugung durch „grünes“ Gas, Wasserstoff und Megastaudämme.

„Internationale Konzerne und Politiker zeigen weiterhin ein enormes räuberisches Interesse an den riesigen natürlichen Ressourcen und Märkten Afrikas“, kritisieren die Aktivistinnen von WoMin. Sie betrachten diese Art der Ressourcenverwendung als falsch, da im Namen der Bekämpfung des Klimawandels weiterhin Menschenrechte missachtet und Ökosysteme zerstört würden.

Für grünen Extraktivismus gibt es in der Nordkap-Provinz wöchentlich neue Vorschläge von Unternehmen, die mit dem Staat zusammenarbeiten. Aus Sicht von WoMin sind deren Versprechen leer. Letztendlich werden örtliche Gemeinschaften ihres

Landes und somit ihrer Lebensgrundlagen beraubt. Die Menschen vor Ort haben keinen Nutzen vom Rohstoffabbau und werden für den Landraub nicht entschädigt.

WoMin organisiert überall auf dem Kontinent Widerstand gegen fehlgeleitete Vorstellungen von „Entwicklung“ und stärkt Frauen und ihre Gemeinschaften in ihrem Recht, dazu „Nein“ zu sagen. Zum Engagement von WoMin gehört es auch, die Kosten und Auswirkungen zerstörerischer „Entwicklungsprojekte“ zu recherchieren, Pläne von Regierungen und Unternehmen infrage zu stellen und Gegenaktionen zu planen. Darüber hinaus bemüht sich die Organisation, juristischen Beistand zu leisten, Kampagnen zur Interessenvertretung zu organisieren und Entwicklungsalternativen zu erarbeiten.

Initiativen und Aktivist*innen, die sich Projekten widersetzen, sehen sich häufig harten Repressalien ausgesetzt, wenn sie ihre Meinung äußern (siehe Suparna Banerjee auf S. 31). Deswegen hat WoMin gemeinsam mit einem Netzwerk von Verbündeten die Plattform „Rise Against Repression“ ins Leben gerufen. Sie dokumentiert Geschichten und Zeugnisse von Menschen, die Repressionen ausgesetzt waren oder sogar starben.

Die Forderung nach einem Ende des Rohstoffabbaus verbindet WoMin mit der Forderung nach dem Erlass von Staatsschulden und der Begleichung der Klimaschäden durch die historisch verantwortlichen Länder und Verursacher. Ziel aller Aktivitäten ist, dass Frauen eine panafrikanische Bewegung im Kampf für Klimagerechtigkeit formen. Ihre Zukunft steht nämlich auf dem Spiel.

LINK

Rise Against Repression:

<https://www.riseagainstrepression.org>



CONNIE NAGIAH

ist Medienkoordinatorin bei WoMin.

connie.nagiah@womin.org.za
<https://womin.africa/>



MARGARET MAPONDERA

ist Kommunikations- und Medienkoordinatorin bei WoMin.

margaret.mapondera@womin.org.za

ARMUTSBEKÄMPFUNG

Auf dem Weg zu inklusiver Sozialpolitik

Unter Krisen leiden arme Menschen, die von informeller Erwerbstätigkeit abhängen, besonders. Togo hat in der Corona-Pandemie zeitweilig ein innovatives Grundeinkommen per SMS eingeführt. Das ist der richtige Weg, um verwundbare Bevölkerungsgruppen vor ökonomischen Schocks zu schützen.

Von Samir Abi

Fortschritt und Moderne werden sichtbar, wenn Menschen rasend schnell um den Globus reisen, den Weltraum erforschen oder digital kommunizieren. Derweil berichtet das UN-Entwicklungsprogramm, dass 1,2 Milliarden Menschen in akuter Armut leben.

Die soziale Schere klappt weltweit immer weiter auseinander. Globale Trends wie Klimawandel, Inflation oder die anhaltenden Folgen von Covid-19 tragen dazu bei. Soziale Ungleichheit wächst in allen Ländern. In Entwicklungsländern fehlt es oft an grundlegenden Dingen wie dem Zugang zu sicherem Trinkwasser und Strom. Trotz allen technischen Fortschritts sind Gesundheitsversorgung und Lebensunterhalt aber auch in wohlhabenderen Nationen vielfach nicht gewährleistet.

Das muss nicht so sein. Es gibt Lösungen. Togo hat in der Corona-Pandemie ein neuartiges Grundeinkommen eingeführt, zu dem bedürftige Menschen Zugang hatten.

Jede Krise birgt bekanntlich Chancen, das bestätigte sich auch während der Pandemie. Der Schutz der Bevölkerung wurde zur politischen Priorität. Weltweit mussten Entscheidungsträger*innen in Staat und Wirtschaft erfinderisch sein, um die Ausbreitung von Covid-19 zu bremsen und die weitere Verarmung der Bevölkerung zu verhindern.

Länder mit hohem Einkommen erreichten das durch Subventionen für Unternehmen und etablierte Methoden der Sozialpolitik. In vielen Ländern mit niedrigen

und mittleren Einkommen war das so nicht möglich, weil ein Großteil der wirtschaftlichen Aktivität informell stattfindet.

In Westafrika beispielsweise hängen über 80 Prozent der Bevölkerung von informeller Beschäftigung ab – ob an Marktständen, in kleinen Werkstätten oder auf den Feldern. Die Betriebe sind nicht registriert, und über die Arbeitsplätze gibt es keine zuverlässigen Daten. Die informelle Wirtschaft findet ohne staatliche Aufsicht, aber nicht im Verborgenen statt. Sie ist nicht illegal, nur weitgehend unreguliert.

Es werden weder Lohn- noch Unternehmenssteuern erhoben. Auch Sozialabgaben, mit denen Länder mit hohem Einkommen ihre Sicherungssysteme finanzieren,

werden nicht entrichtet. Der Staat hat also weder Finanzmittel für umfassende Sozialpolitik noch die Daten, die nötig wären, um das Geld sinnvoll zu verteilen. In manchen Ländern gibt es allerdings inzwischen Krankenkassen, die als Versicherungsvereine auf Wechselseitigkeit funktionieren.

10 EURO PRO WOCHE

Togo testete auf dem Höhepunkt der Corona-Krise im April 2020 eine neue Idee. Der Staat richtete ein Geldtransferprogramm mit dem Namen „Novissi“ ein. Das Wort bedeutet auf Ewe, einer in Togo weit verbreiteten Sprache, „Solidarität“.

Mit diversen Cash-Transfer-Programmen wird in manchen afrikanischen Ländern seit längerem ländliche Armut bekämpft. Der Vorteil ist, dass Empfänger*innen eigenverantwortlich entscheiden können, wie sie das Geld am besten nutzen. Das ist effizienter, als Individuen, Haushalten oder Gemeinschaften bestimmte Sach- oder Dienstleistungen zukommen zu lassen.

Novissi war besonders ehrgeizig, weil es landesweit angeboten wurde und infor-



Straßenhändler in Lomé: Zeitweilig gab es in der Pandemie soziale Sicherung.

mell Tätige sowohl in ländlichen als auch städtischen Gebieten erreichte, sofern sie SMS senden und empfangen konnten. Dafür reicht ein Mobiltelefon der ersten Generation. Solche Geräte sind weit verbreitet. Fast alle haben heute ein Handy.

Wer Zugang zu Novissi haben wollte, musste sich mit der Nummer des Personalausweises oder des Wählerausweises identifizieren und die jeweilige informelle Tätigkeit angeben. Die Dokumentnummer wurde dann mit den staatlichen Datenbanken abgeglichen. Mit intelligenten, selbstlernenden Computerprogrammen ermittelte Novissi die ärmsten Gegenden und die am stärksten betroffenen Personen. Technische



Unterstützung kam von der Weltbank und zwei US-Universitäten.

Wer als notleidende Person im informellen Sektor anerkannt wurde, erhielt dann per SMS einen Code zugeschickt, mit dem sich an Relaisstellen Bargeld abheben ließ. Das System war so einfach, dass auch Menschen ohne Zugang zu anderen Finanzdienstleistungen es nutzen konnten.

Je nach Geschlecht bekamen die Menschen unterschiedlich viel Geld. Frauen erhielten pro Transfer alle zwei Wochen 12500 CFA-Francs (20 €), während Männer nur 10500 CFA-Francs (16 €) erhielten. Der Grund für diese positive Diskriminierung war, dass Frauen in Togo überwiegend die tägliche Haushaltsführung leisten.

Anfang Februar 2023 waren laut der Novissi-Website 17 Prozent der Bevölkerung (1.6 Millionen Personen) registriert, und das Programm hatte an 820 000 Bedürftige umgerechnet rund 20 Millionen Euro ausgezahlt.

Anfang 2021 reduzierte die Regierung den Umfang des Programms wegen der hohen Kosten. Es war unter anderem von der Weltbank, der französischen Geberinstitution AFD und privaten Spendern über die

Plattform Give Directly unterstützt worden. Zur kompletten Fortführung wären mehr internationale Mittel nötig gewesen. Togo hat keinen Mechanismus, um solch ein Sozialprogramm für alle bedürftigen Menschen auf Dauer allein zu stemmen.

Um Armut zu beseitigen, wie es die Entwicklungsziele der UN versprechen, brauchen alle Länder nachhaltige soziale Sicherung. Ökonomische Schocks beruhen zunehmend auf globalen Trends wie Erderwärmung, Artenschwund oder Inflation. Wir brauchen globale Solidarität. Kleine Länder mit niedrigem Einkommen haben diese Probleme nicht verursacht, sind ihnen aber auf sich gestellt nicht gewachsen.

LINK

Novissi:
<https://novissi.gouv.tg/>



SAMIR ABI
ist Ökonom und leitet in Togo die zivilgesellschaftliche Organisation Visions Solidaires.

samirvstg@gmail.com

KENIA

Verheerende Folgen

Die Klimakrise ist eine menschliche Tragödie. Die Länder Afrikas sind am wenigsten dafür verantwortlich, aber mit am schlimmsten betroffen. In Kenia sind die Konsequenzen – Unsicherheit, Hunger und Tod – täglich zu spüren.

Von Abigael Kima

Afrika ist der zweitgrößte Kontinent der Welt – und doch entfallen nach Angaben der Internationalen Energieagentur (IEA) weniger als vier Prozent der weltweiten Emissionen und fast null Prozent der historischen Emissionen auf Afrika.

Klimagerechtigkeit verlangt, dass diejenigen, die die Krise verursacht haben, Verantwortung dafür übernehmen und die

am stärksten Betroffenen angemessen unterstützt werden, damit sie mit den entstandenen Problemen und Schäden umgehen können.

Ich komme aus Iten, einer kleinen Stadt im Westen Kenias. Landwirtschaft ist das Fundament der Wirtschaft in meiner Heimat. Meine Geschwister und ich hatten es in der Schule leicht, weil unsere Eltern ihre Ernte nach der Saison verkaufen konnten, um das Einkommen aus ihren regulären Jobs aufzubessern, und so gab es nie Probleme, unser Schulgeld zu bezahlen. Manchmal ist es in Schulen im ländlichen Kenia üblich, dass Eltern die Möglichkeit haben, anstelle des vollen Schulgeldes Lebensmittel (einen Sack Mais und Bohnen) für die Schulmahlzeiten bereitzustellen.

Dies soll ihnen helfen, die subventionierten Schulgebühren zu bezahlen. Letztes Jahr zum Beispiel fehlte ihnen jedoch die Ernte, weil die Regenfälle ausblieben.

In Kenia haben sich die Wettermuster drastisch verändert, und das gefährdet unsere wichtigste Lebensgrundlage. Unser Land ist auf Regenfeldbau angewiesen. Das unvorhersehbare Wetter beschert den Landwirten immer wieder Verluste. Es gibt niemanden, der sie entschädigen würde, und sie wissen nicht genug über die Auswirkungen der Klimakrise, um besser mit ihnen zurechtzukommen.

Im Norden Kenias führt die Dürre zu massivem Viehsterben. Die Viehzucht ist die Haupteinnahmequelle der Hirtenvölker der Region. Täglich sehen wir dort unterernährte Kinder, Frauen, die kilometerweit laufen, um Wasser für ihre Familien zu holen, und Familien, die im Wechsel essen, um die unsichere Ernährungslage zu bewältigen.

Auf der anderen Seite bringt die Regenzeit in vielen Teilen des Landes eher die Gefahr von Überschwemmungen und damit



Für junge Menschen verdüstern sich die Perspektiven: Verendetes Vieh ist eine in Kenia täglich sichtbare Auswirkung der Klimakrise.

den Verlust von Unterkünften, Krankheiten und Tod mit sich.

Für Klimagerechtigkeit braucht es globale und nationale Veränderungen und einen Paradigmenwechsel: erneuerbare Energien wie Wind- und Solarenergie statt auf fossilen Brennstoffen basierende Energiesysteme.

Nach Angaben der International Trade Administration, einer US-Regierungsbehörde, besteht der Stromverbrauch Kenias zu 81 Prozent aus erneuerbaren Energien. Im Verkehr und in Haushalten – insbesondere beim Kochen – lässt sich aber immer noch viel verbessern. Die meisten Menschen kochen mit Holz, Dung, Holzkohle oder Kerosin. Maßnahmen für saubere und effiziente Haushaltsenergie würden daher sowohl der Gesundheit als auch der Umwelt zugutekommen, indem mehr erneuerbare Energie für Strom erzeugt wird, der zum Kochen und für andere Haushaltszwecke verwendet werden kann. Meist fehlt es hier an Geld. Afrika hat viel Potenzial, erneuerbare Energien zu generieren, aber es bedarf der entsprechenden Mittel.

Jahrelang haben wir versäumt, politische Maßnahmen und Vorschriften umzusetzen, über die Unternehmen und Regierungen für Emissionen und Klimaschäden verantwortlich gemacht werden. Handeln ist jetzt wichtiger denn je. Die am stärksten vom Klimawandel betroffenen Gemeinschaften leiden weiter unter Extremwetter, von dem sie sich kaum oder gar nicht erholen. Mangelnde Rechenschaftspflicht und

unerfüllte Versprechen, die auf globalen Klimagipfeln gemacht wurden, verschärfen die Lage.

Zu Kenias drängendsten Problemen gehört die ungleiche Ressourcenverteilung, die viele Gemeinschaften vulnerabel macht. Es muss mehr in Infrastruktur investiert werden, etwa in Wasserspeichersysteme und Bewässerung, und auch in Bildung. Lokale Gemeinschaften müssen die Folgen des Klimawandels verstehen, um damit umgehen zu können. Es ist problematisch, dass sie meist eher als Opfer und nicht als Akteure des Wandels dargestellt wurden. Zugleich ist es wichtig, speziell Frauen und andere besonders benachteiligte Gruppen zu stärken und aufzuklären.

KLIMASORGEN DER JUNGEN GENERATION

Die junge Generation hat die schlimmsten Auswirkungen der Klimakrise geerbt, weil die ältere Generation untätig geblieben ist. Unzählige junge Menschen leiden unter Klimaangst, weil sie nicht wissen, wie ihre Zukunft aussehen wird. Der politische Rahmen hat sich als ineffizient und unzureichend erwiesen, wenn es darum geht, einen sicheren Planeten und eine lebenswerte Welt für diese und die kommenden Generationen zu schaffen. Diejenigen, die von der Entwicklung fossiler Brennstoffe profitiert haben, müssen nicht so lange mit den Folgen leben wie wir jungen Menschen.

Was den Prozess der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen

(UNFCCC) betrifft, so waren der UN-Klimagipfel in Ägypten und die Einrichtung eines Fonds für Klimaverluste und -schäden ein Fortschritt. Doch es muss weitergehen.

Es braucht einen Mechanismus, der sichert, dass gefährdete und bedürftige Bevölkerungsgruppen Zugang zu den Ergebnissen der beiden großen kollektiven Ziele der vergangenen Klimagipfel haben – zur alten Zusage der reichen Länder, jährlich 100 Milliarden Dollar zur Unterstützung der Länder mit niedrigen und mittleren Einkommen zu mobilisieren, und zum neuen Fonds für Klimaschäden.

Klimagerechtigkeit bedeutet, dass die für diese Krise verantwortlichen reichen Länder endlich ihre Versprechen einhalten. Sie müssen Gelder bereitstellen, die wir für die Anpassung an die bereits existenten Schäden und den Übergang zu einer grünen Wirtschaft mit nachhaltigen Lebensgrundlagen brauchen. Klimagerechtigkeit bedeutet, dass die politischen Entscheidungsträger anerkennen, dass der Klimawandel die Anpassungsfähigkeit vieler Bevölkerungsgruppen übersteigt – und echte Solidarität zeigen, indem sie dafür sorgen, dass Mittel an Gemeinschaften wie die meine fließen.



ABIGAE KIMA
ist eine kenianische
Klimaaktivistin sowie Host
und Produzentin des Hali
Hewa Podcasts.

abigaelkima@gmail.com

ERNEUERBARE ENERGIEEN

Den Kohleausstieg erleichtern

Um die Klimakrise zu bewältigen, müssen Länder von fossilen Brennstoffen auf erneuerbare Energien umsteigen. Allerdings verursacht das Schließen von Kohlebergwerken auf lokaler Ebene viel Leid und zerstört Gemeinschaften oft langfristig. Die Weltbank unterstützt Länder bei einem Kohleausstieg, der auch Minenarbeiter*innen und lokale Gemeinschaften einbezieht.

Von Elizabeth Ruppert Bulmer

Immer mehr Orte weltweit leiden unter den Folgen extremer Wetterereignisse. Sie beschädigen Häuser, Straßen und andere Infrastruktur, von der das Wohlergehen und die Lebensgrundlagen der Menschen abhängen. Zwar sind sich alle einig, dass es wichtig ist, den Klimawandel langfristig zu bekämpfen. Dennoch überwiegt oft der Druck, unmittelbar reagieren zu müssen, um Schäden zu beheben und Existenzgrundlagen wiederherzustellen. Das aber lenkt von längerfristigen Klimazielen ab. Wir verlieren schnell das große Ganze aus dem Blick, insbesondere die Notwendigkeit der Dekarbonisierung, um die Folgen der Erderwärmung zu verhindern oder zu minimieren.

Viele sind erschöpft oder überfordert vom Ausmaß der nötigen Veränderungen: Kommunen und Politiker*innen genauso wie Einzelpersonen. Aber wie werden wir uns dann erst in zehn Jahren fühlen, inmitten noch stärkerer Klimafolgen? Wenn unsere Finanzmittel schon heute strapaziert sind, weil wir auf permanente Klimaschocks reagieren müssen – wie viel schlechter wird es uns erst in zehn Jahren gehen?

Es macht Angst, darüber nachzudenken. Aber es sollte uns zum Handeln bringen. Auf individueller Ebene können wir zu geringeren CO₂-Emissionen beitragen, indem wir unsere Konsummuster und Energieverbräuche anpassen. Viel mehr bewirken ließe sich aber auf staatlicher Ebene: Regierungen könnten zum einen den CO₂-Fußabdruck ihrer Länder über veränderte Verbrauchs- und Investitionsentscheidungen verkleinern. Zum anderen könnten sie Anreize dafür schaffen, dass eine ganze Rei-

he von wirtschaftlich relevanten Akteuren aktiv werden: große und kleine Unternehmen, Haushalte mit hohen und niedrigen Einkommen sowie staatliche Stellen auf nationaler und subnationaler Ebene.

UMSTIEG AUF ERNEUERBARE ENERGIETRÄGER

Für eine signifikante Dekarbonisierung ist der Umstieg von Kohle zu erneuerbaren Energieträgern zentral. In den vergangenen zwanzig Jahren hat der Kohleverbrauch in Entwicklungsländern durch Wirtschaftswachstum und steigende Einkommen stark zugenommen. Seit 1990 ist der Pro-Kopf-Stromverbrauch laut Weltbank in China um das Neunfache gestiegen, in Indonesien um das Sechsfache und in Indien um mehr als das Dreifache (Ruppert Bulmer et al., 2021).

als „sauberer“ galt als Kohle. Heute aber ist es um die globalen Märkte und auch um die Verbraucherstimmung anders bestellt – wegen des fortdauernden Kriegs Russlands in der Ukraine. Die stockende Öl- und Gasversorgung führte zu einer Energiekrise und machte leider Kohle wieder attraktiver. Die Kohlepreise stiegen, viele Länder öffneten bereits geschlossene Kohleminen wieder oder weiteten bestehende Minen aus.

Um unabhängiger von Kohlestrom zu werden, ist es nötig, massiv in Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien und robuste Verteilungsnetze zu investieren und gegen Preisverzerrungen vorzugehen, die exzessiven Energieverbrauch befördern – etwa über eine CO₂-Steuer. Sinnvoll sind auch Anreize für geringeren Verbrauch. Für echte globale Fortschritte sind sowohl politische Anstrengungen als auch Investitionen in großem Stil nötig.

Derzeit produzieren zehn Länder 90 Prozent der jährlich weltweit geförderten Kohle. Die ehemals dominanten europäischen und nordamerikanischen Produzenten wurden unter anderem von China,



Kohlefrachter in Indonesien, 2019.

In dieser Zeit wurden auch Länder mit niedrigen und mittleren Einkommen abhängiger von Kohle, die derzeit fast die Hälfte des gesamten Energiebedarfs der Entwicklungsländer abdeckt (siehe Grafik unten). Reichere Länder wechselten hingegen zunehmend zu Erdgas, das bis vor Kurzem leicht und günstig verfügbar war und

Indien, Indonesien, Australien und Russland verdrängt. Im vergangenen Jahrzehnt gingen die Kohlepreise weltweit zurück, deshalb produzierten viele Kohlebergwerke weniger und bauten Stellen ab. Im Kohlektor waren 2019 weltweit nur 4,7 Millionen Menschen beschäftigt, ein Drittel weniger als noch 2008. Selbst in den wichtigsten

kohleproduzierenden Ländern machen die Arbeitsplätze im Kohlesektor weniger als 0,5 Prozent aller Beschäftigten aus.

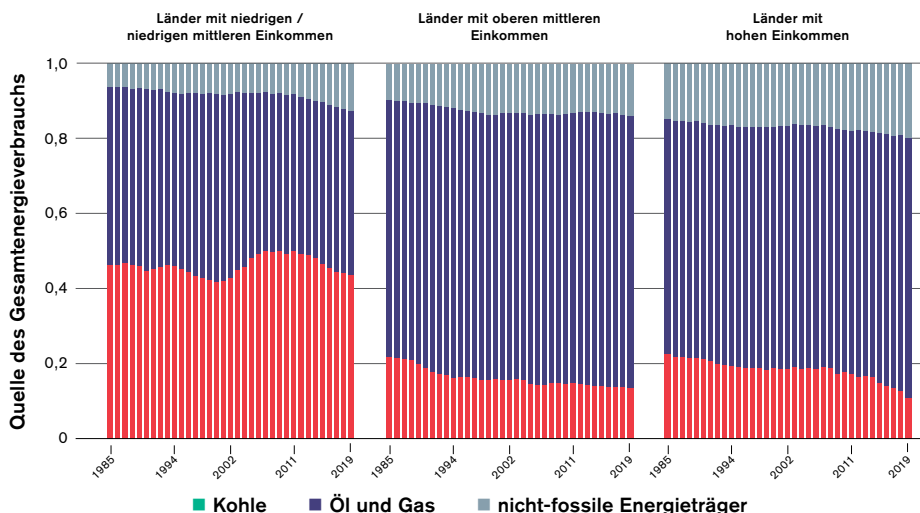
Trotzdem spielen diese Jobs oft eine große Rolle für die lokale Wirtschaft. Die Ausgaben der Bergleute, etwa für Wohnen, Essen oder Gesundheit, kommen Stellen in anderen Bereichen zugute. Wird ein Bergwerk geschlossen, gefährdet das also auch andere Sektoren. Solche indirekten Folgen zeigen: Wenn Bergwerke geschlossen werden, kann das die lokale Wirtschaft untergraben, Gemeinschaften aushöhlen und insgesamt große Not mit sich bringen. In den vergangenen Jahrzehnten war das vielerorts zu beobachten. Der wirtschaftlichen Erholung von Bergbauregionen standen auch Umweltschäden entgegen, um die sich niemand kümmerte. Angesichts solcher schlechten Erinnerungen ist es weiterhin politisch heikel, ein Kohlebergwerk zu schließen.

Viele kohleproduzierende Länder kämpfen mit den gegenläufigen Zielen von Dekarbonisierung einerseits und der Schaffung von Arbeitsplätzen andererseits. Die Regierungen haben internationale Organisationen um technische Unterstützung bei der Planung des Kohleausstiegs gebeten. Insbesondere müssen künftige Bergwerkschließungen gut gehandhabt werden. Um Rückschläge zu vermeiden, muss es beim Übergang zu tragfähigen wirtschaftlichen Alternativen für die betroffenen Arbeiter*innen und ihre Gemeinschaften gerecht zugehen. Wo Bergbauland in einen ökologisch besseren Zustand gebracht wird, kann das nicht nur die Gesundheit der Bevölkerung vor Ort verbessern, sondern es schafft auch neue Möglichkeiten für die Wirtschaft.

DER ANSATZ DER WELTBANK

Die Weltbank hat einen umfassenden, sektorübergreifenden Ansatz für den Kohleausstieg entwickelt, der auf Vorabdiagnose, institutionelle Analysen und das Einbeziehen von Interessengruppen setzt. Von Anfang an gilt es alternative Möglichkeiten der Energienutzung mitzudenken, und auch, welche Folgen diese auf die Arbeitssituation in betroffenen Gemeinden haben könnten. Entscheidende Aspekte sind, in welchem Umfang Arbeiter*innen betroffen sind, ihre Qualifikation und welche alternativen Beschäftigungsmöglichkeiten es nach Schlie-

Energieverbrauch nach Quellen (1985-2019)



Hinweis: Klassifizierung der Ländereinkommen auf Grundlage der Weltbank-Klassifizierung von 1991.
Quelle: Ruppert Bulmer et al., 2021: Global Perspective on Coal Jobs and Managing Labor Transition out of Coal. World Bank. Berechnungen der Autoren auf der Grundlage des BP Statistical Review of World Energy

ßung der Mine für sie geben könnte. Dazu gehören auch Arbeiten im Rahmen der Umgestaltung des Geländes, um es anders nutzen zu können, etwa für erneuerbare Energien. Aus diesen Informationen werden dann Maßnahmen abgeleitet, um den Übergang zu erleichtern und anfängliche Einkommenseinbußen abzumildern.

Dieser Ansatz erfordert Zeit und Mühe, er muss zwischen verschiedenen Regierungsstellen koordiniert werden. Wichtig ist dabei, die Bevölkerung nach ihren Anliegen und Prioritäten zu fragen. Am Ende sollte ein kohärenter Übergangsplan stehen – und die passende institutionelle Governance-Struktur zu dessen Umsetzung. Diese Elemente können das Engagement der Regierung stärken und zugleich verschiedene Interessengruppen von dem Konzept überzeugen. Wenn den Regierungen Kosten und Vorteile des Kohleausstiegs klar sind, können sie die notwendigen Maßnahmen ergreifen und öffentliche Mittel für nachhaltige Investitionen bereitstellen, die der Klimakrise angemessen Rechnung tragen.

Um diese Herausforderung anzugehen, braucht es sowohl öffentliche als auch private Gelder. Auf den jüngsten COP- und G20-Gipfeln verpflichteten sich reiche Nationen dazu, zusätzliche öffentliche und private Finanzmittel zu mobilisieren, um den Kohleausstieg in einigen der größten kohleproduzierenden Länder zu beschleunigen, darunter auch Indonesien und Südafrika.

Immer mehr Menschen weltweit sind den Folgen der globalen Erwärmung ausgesetzt, die Ressourcen der Regierungen werden aber durch kurzfristige Krisenreaktionen strapaziert. Es ist an der Zeit, die strukturellen Herausforderungen der Dekarbonisierung anzugehen. Das erfordert eine sorgfältige Planung, die angemessene Investition öffentlicher Mittel und die Schaffung von Anreizen, damit Wirtschaftsakteure eine Rolle spielen können – von einzelnen Verbraucher*innen über Familien und lokale Gemeinschaften bis hin zu kleinen und großen Privatunternehmen.

LITERATUR

- Ruppert Bulmer, E., Pela, K., Eberhard-Ruiz, A., Montoya, J., 2021: *Global Perspective on Coal Jobs and Managing Labor Transition out of Coal: Key Issues and Policy Responses*. Washington, DC, World Bank.
<https://openknowledge.worldbank.org/handle/10986/37118>
- World Bank: *Just transition for all: The World Bank Group's support to countries transitioning away from coal*.
<https://www.worldbank.org/en/topic/extractiveindustries/justtransition>



ELIZABETH RUPPERT BULMER
ist Lead Economist in der Jobs Group der Weltbank.

eruppertbulmer@worldbank.org



Kläger Saúl Luciano Lliuya am Gletschersee Palcacocha.

WEGWEISENDES RICHTSVERFAHREN

Klimaschädliche Konzerne zur Verantwortung ziehen

Die Auswirkungen der Erderhitzung sind in vielen Teilen der Welt spürbar. In den peruanischen Anden schmelzen die Gletscher – mit verheerenden Folgen. Ein Andenbauer fordert, dass ein deutsches Unternehmen Verantwortung übernimmt.

Von Sabine Balk

Der Bauer und Bergführer Saúl Luciano Lliuya und mit ihm über 50 000 Einwohner*innen der Andenstadt Huaraz sind durch die Gletscherschmelze bedroht. Der Gletschersee Palcacocha, der einige Kilometer oberhalb von Huaraz liegt, ist laut der zivilgesellschaftlichen Organisation Germanwatch seit 2003 um mehr als das Vierfache und seit 1970 um das 34-Fache an-



gewachsen. Durch die Erderwärmung steigt das Risiko, dass sich große Eisblöcke von Gletschern lösen und in den See stürzen. Dies würde eine verheerende Flutwelle und eine meterhohe Überschwemmung in der Stadt verursachen.

Saúl Luciano Lliuya will das nicht hinnehmen. Im November 2015 reichte er mit Unterstützung von Germanwatch vor einem deutschen Zivilgericht eine Klage gegen den Energiekonzern RWE ein. Das Unternehmen steht stellvertretend für viele Konzerne, deren Geschäftsmodell auf fossiler Energie beruht. RWE ist als einer der größten CO₂-Emittenten Europas und größter Emittent Deutschlands mitverantwortlich für die Klimakrise.

Das Besondere an der Klage: Erstmals verlangt eine von der Erderhitzung betroffene Person von einem Privatunternehmen, sich an Schutzmaßnahmen zu beteiligen. Lliuya fordert, dass RWE Schutzmaßnahmen am Palcacocha-Gletschersee mitfinanziert – in einer Größenordnung, die dem Anteil des Unternehmens an der globalen Klimakrise entspricht.

Die Untersuchung „Carbon Majors“ der zivilgesellschaftlichen Organisation

„Climate Justice Programme“ von 2014 zeigt, dass RWE für 0,47 Prozent aller seit Beginn der Industrialisierung freigesetzten Treibhausgasemissionen weltweit verantwortlich ist. Die Konstruktion eines Schutzdammes an dem Andensee kostet laut Germanwatch etwa 4 Millionen Dollar. Rund ein halbes Prozent davon wären 20 000 Dollar, die RWE beizusteuern hätte.

Möglicherweise kann sich RWE aus rechtlichen Gründen nicht an den direkten Schutzmaßnahmen am See beteiligen. In diesem Fall fordert der Kläger, dass der Konzern einen Teil der Kosten für Maßnahmen übernimmt, die nötig sind, um sein Haus gegen das Flutrisiko zu schützen.

Wichtig war Lliuya aber von Anfang an, dass nicht nur er allein von einer solchen Klage profitiert. Er setzt sich für den Schutz seiner Heimatstadt und ihrer Bevölkerung ein. Der Gletscherrückgang könnte in Zukunft nicht nur zu einer Flut, sondern auch zu Wasserknappheit führen. Der Aktivist will die Bevölkerung vor Ort über Klimarisiken aufklären und mit ihnen Strategien zur Anpassung entwickeln. Auch die peruanischen Behörden sollen zur Verantwortung gezogen werden, um ihren Vorsorge- und Schutzpflichten nachzukommen. Letztlich soll ein Präzedenzfall geschaffen werden, auf den sich andere von der Klimakrise Betroffene vor Gericht berufen können und der zusätzlichen Druck auf die Politik ausübt.

GERICHT NIMMT BEWEISE AUF

Zu Beginn seines Vorhabens musste der Peruaner eine Niederlage hinnehmen. Das Landgericht Essen hatte seinen Antrag in erster Instanz 2016 abgelehnt. Doch die nächste Instanz, das Oberlandesgericht Hamm (OLG), stellte Ende 2017 fest, dass es einen zivilrechtlichen Anspruch gegen RWE grundsätzlich für möglich hält, und entschied für eine Beweisaufnahme. Das bedeutete einen großen Erfolg für die Klimabewegung: Erstmals bejahte ein Gericht, dass ein Privatunternehmen prinzipiell für seinen Anteil an klimabedingten Schäden verantwortlich ist.

Das OLG entschied, Beweise vor Ort in Huaraz aufzunehmen, was aufgrund der Corona-Pandemie aber mehrmals verschoben wurde. Ende Mai 2022 reisten dann zwei Richter des OLG und vom Gericht bestellte Gutachter nach Peru, um herauszufinden,

ob das Haus des Klägers tatsächlich von einer Flutwelle bedroht ist.

Das Gutachten wird dem Gericht und den Parteien vorgelegt werden, noch steht es aus. Danach haben die Prozessbeteiligten Zeit, darauf zu reagieren. Es ist möglich, dass das Gutachten anschließend auch in einer mündlichen Verhandlung diskutiert wird. Laut Medienberichten rechnet das OLG für die erste Jahreshälfte 2023 mit der nächsten mündlichen Verhandlung.

RWE bezweifelt neben der Haftungs- pflicht auch die Zulässigkeit der Klimaklage. Vor Gericht äußerten Anwälte des Unternehmens Sorge, dass diese eine Klagewelle gegen Unternehmen auslösen könnte. Der Konzern versucht darzulegen, dass eine

Zuordnung von Emissionen einzelner Emit- tenten zur Gletscherschmelze in den Anden nicht möglich sei. Zudem bezweifelt RWE, dass die Klimakrise überhaupt die Glet- scherschmelze verursacht.

Die Wissenschaft liefert derweil neue Argumente für Lliuya. Forschende der Uni- versity of Oxford modellierten den Rück- gang eines Gletschers oberhalb des Palca- cocha-Sees und das Überflutungsrisiko. Sie konnten erstmals eine relativ klare Kausa- litätskette für eine drohende Überflutung belegen.

Klimaaktivist*innen fordern schon lange, dass Länder mit hohen zurückliegen- den und aktuellen Emissionen als Verursa- cher der Erderhitzung Länder mit geringen

Einkommen beim Umgang mit Schäden und Verlusten finanziell unterstützen. Auch Unternehmen wie RWE sollten sich an den Kosten beteiligen, die sie mit ihrem Ge- schäftsmodell verursachen. Die Klage von Saúl Luciano Lliuya treibt diese Debatte maßgeblich voran.

LINK

Themenseite zur Klimaklage:
<https://rwe.climatecase.org/de>



SABINE BALK
ist FAZ-Redakteurin und freie Mitarbeiterin bei E+Z/D+C.

euz.editor@dandc.eu

Sieg gegen Ölkonzern Shell

In vielen Ländern klagen Umweltaktivist*innen gegen Unternehmen auf Einhaltung der Ziele des Pariser Klima- abkommens von 2015. In den Niederlanden errangen Um- weltverbände einen der bislang größten juristischen Erfolge. Sie bezwangen 2021 den mul- tinationalen Mineralölkonzern Shell. Das Gericht verpflichtete Shell, seinen CO₂-Ausstoß bis 2030 um 45 Prozent netto ge- genüber 2019 zu reduzieren.

Das Bezirksgericht in Den Haag erkannte damit an, dass Shell verantwortlich für seinen CO₂-Ausstoß ist, damit erheb- lich zur Erderwärmung beiträgt und dies gravierende Folgen für Bewohner*innen der Nie- derlande hat. Damals hieß der Konzern Royal Dutch Shell und hatte seinen Sitz in Den Haag. Ab 2022 verlegte er diesen vor allem aus steuerlichen Grün- den nach London und benann- te sich in Shell um.



Studierende demonstrieren in Amsterdam gegen Shell.

17300 Personen und sie- ben Umweltverbände hatten den Konzern auf die Einhal- tung der Pariser Klimaziele ver- klagt. Zum ersten Mal will ein Gericht einen internationalen Öl-Riesen dazu zwingen, die im Klimaabkommen vereinbarten Ziele auch tatsächlich umzu- setzen – und zwar weltweit. Denn das Urteil gilt für die ge- samte Unternehmenstätigkeit. Damit ist es laut Expert*innen bahnbrechend: Erstmals sei ein global agierendes Unter- nehmen gerichtlich zum Kli- maschutz verpflichtet worden. Dies bedeutet auch: Solche Ver- pflichtungen sind einklagbar.

Shell ist gegen die Ge- richtsentscheidung in Beru- fung gegangen. Ob das Urteil in zweiter Instanz Bestand haben wird, ist unsicher. Der Konzern argumentiert, es sei nicht gerecht, als einziges Un- ternehmen herausgegriffen zu werden. Zudem gebe es keine gesetzliche Grundlage dafür, dass Gerichte gegen Privatun- ternehmen in Sachen Klima- schutz urteilen dürfen.

Weltweit nimmt die Zahl der Klagen für mehr Klima- schutz zu: Aktuell laufen laut Medienberichten rund 1700

Verfahren, mehrere davon ge- gen Energiekonzerne. So hat beispielsweise 2021 in Deutsch- land die Deutsche Umwelthilfe (DUH) gegen Mercedes-Benz, BMW und den Mineralölkonzern DEA geklagt, unter an- derem mit der Forderung, bis 2030 die Produktion von Ver- brennerneuwagen zu stoppen.

Die DUH hat bereits mehrfach erfolgreich gegen Bundes- und Landesregierun- gen sowie Kommunen geklagt. Im Fall von Mercedes hat das Landgericht Stuttgart die Klage im September 2022 abgewie- sen. Nun zieht die DUH in die nächste Instanz.

Das französische Öl- unternehmen TotalEnergies wurde von sechs zivilgesell- schaftlichen Organisationen in Frankreich verklagt. Der Konzern will in Uganda Erdöl fördern und per Pipeline durch Tansania transportieren. Die Kläger*innen argumentieren, diese Pläne gefährdeten die Menschenrechte der dortigen Bevölkerung und die Umwelt und stünden dem Pariser Kli- maabkommen entgegen. Der Fall ist seit Dezember 2021 vor dem Gerichtshof in Nanterre anhängig. SB



Golomoti ist das erste kommerziell betriebene Solarkraftwerk in Malawi. Das Projekt ist eine öffentlich-private Partnerschaft zwischen dem kanadischen unabhängigen Stromerzeuger JCM Power, der Investmentgesellschaft InfraCo Africa, der malawischen Regierung und der staatlichen Electricity Supply Corporation of Malawi.

IMPACT INVESTING

Von Milliarden zu Billionen

Öffentliche Entwicklungsmittel reichen nicht aus, um die Umsetzung der Sustainable Development Goals (SDGs) und notwendige Klimaschutzmaßnahmen zu finanzieren. Das Konzept der „Blended Finance“ soll zusätzlich private Gelder mobilisieren. Dafür müssen jedoch die richtigen Rahmenbedingungen geschaffen werden.

Von Bruno Wenn

Im Jahr 2020 wurden laut OECD 162 Milliarden Dollar in der öffentlichen Entwicklungshilfe (official development assistance – ODA) ausgegeben. Die Finanzierung der SDGs und Maßnahmen für Klimaschutz und -anpassung in einkommensschwachen Ländern erfordern jedoch Volumina, die diese Mittel bei Weitem übersteigen. 3,9 Billionen Dollar sind Stand 2020 allein nötig, um die Lücke bei der Umsetzung der SDGs schließen zu können.

Daher wurden bereits 2015 Instrumente entwickelt, um private Mittel zu mobilisieren. Unter dem Motto „from billions to trillions of dollars“ sollen öffentliche Entwicklungsmittel eingesetzt werden, um wiederum kommerzielle private Gelder für ein sozial, ökologisch und wirtschaftlich nachhaltiges Wachstum sowie zur Armuts-

bekämpfung in einkommensschwachen Ländern zu mobilisieren.

Konkret werden privaten Unternehmen beispielsweise Garantien zur Minderung regulatorischer Risiken oder Währungsrisiken sowie Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln zur Verfügung gestellt, damit sie in einkommensschwachen Ländern investieren. Dieses Vorgehen nennt sich „Blended Finance“ und wird üblicherweise für institutionelle Investments über Entwicklungsbanken in Form strukturierter Fonds und für Privatunternehmen über Development Finance Institutions (DFI) angeboten.

Mittlerweile herrscht eine gewisse Ernüchterung in Bezug auf Blended Finance: Nach den letzten verfügbaren Zahlen der OECD wurden 2020 nur 51,3 Milliarden Dollar an privaten Mitteln für einkommensschwache Länder mobilisiert. Kritik wird dabei zugleich dahingehend geäußert, dass dieses Geld überwiegend weder in den Ländern mit den niedrigsten Einkommen noch in den Sektoren mit dem höchsten Finanzierungsbedarf eingesetzt wird.

Diese Kritik ist berechtigt. Sie ist aber auch Ausdruck einer unrealistischen Erwartungshaltung seitens der Geberregierungen sowie einer mangelnden Ausrichtung der

ODA auf die strukturellen Bedingungen für nachhaltige Entwicklung.

Die angestrebte Ausweitung privater Investitionen von Milliarden auf Billionen Dollar zur Verwirklichung der SDGs bedarf in einkommensschwachen Ländern einer Makropolitik, die grundlegende rechtliche und regulatorische Risiken verringert. Denn Länder, die den größten Bedarf an Entwicklungsfinanzierung aufweisen, haben oft gleichzeitig finanzielle Ressourcenbeschränkungen und unterentwickelte Märkte. Auch Wechselkursrisiken machen die Finanzierung ihres Wachstums zu einer Herausforderung.

RISIKOMINDERUNG ERFORDERLICH

Der Engpass dabei sind also nicht die Mittel selbst, sondern die Bedingungen, unter denen sie eingesetzt werden sollen. Die Privatwirtschaft spielt beispielsweise durch Investitionen in erneuerbare Energien in einkommensschwachen Ländern eine große Rolle. Aber sie wird sich nur dort mit Risikoinvestitionen engagieren, wo die Rahmenbedingungen privatwirtschaftliches Handeln mit vertretbaren Risiken erlauben.

Wo es aber weder staatliche Regelungen für die Einspeisevergütung gibt noch rechtlich und finanziell abgesicherte Stromeinspeiseverträge und auch keine Absicherung der inhärenten Währungsrisiken, werden private Investoren kaum tätig. Daher ist die bisherige Ausrichtung privater Investitionen auf Länder mit mittleren und höheren Einkommen wenig überraschend,

da sie in der Regel die notwendigen wirtschaftlichen und regulatorischen Rahmenbedingungen bieten.

Ebenso sollte die geringe Zahl privater Investitionen in sozialen Sektoren wie Gesundheit, Wasserversorgung oder Erziehung kaum verwundern. Hier ist die öffentliche Hand gefordert, überhaupt erst den Regulierungsrahmen und die rechtlichen Gegebenheiten zu schaffen, die privaten Unternehmen ein Engagement ermöglichen. Auch Geberregierungen und multilaterale Entwicklungsbanken müssen einkommensschwache Länder stärker bei der Etablierung notwendiger Bedingungen unterstützen. Dann kann der gezielte Einsatz von Blended Finance Pionierinvestitionen in Ländern mit niedrigeren Einkommen und bisher vernachlässigten sozialen Sektoren ermöglichen.

Sind sie erfolgreich, können diese Investitionen eine hohe Signalwirkung für private Investoren haben. Und in einem so umfassenden Ansatz wird es möglich sein, deutlich mehr Mittel für die notwendige

SDG- und Klimafinanzierung zu mobilisieren.

Die gute Nachricht ist, dass ESG-Fonds zunehmend beliebt sind. Sie legen Geld anhand von klaren ökologischen, sozialen und Governance-Kriterien („Environment, Social, Governance“ – ESG) an und investieren mit Blick auf soziale und ökologische Wirkungen.

Das Interesse an solchen nachhaltigen Finanzierungen und Investitionen löste nicht zuletzt die Covid-19-Pandemie aus, in der Nachhaltigkeitsrisiken in globalen Wertschöpfungsketten deutlich zutage traten. Gleichzeitig befördern entsprechende Anforderungen von Zentralbanken und Bankenaufsicht sowie die Vorgaben der EU-Taxonomie zur einheitlichen Beurteilung der Nachhaltigkeit von Wirtschaftstätigkeiten diesen Boom, der letztlich zur Deckung der Finanzierungslücke in einkommensschwachen Ländern beitragen kann.

Die Voraussetzung dafür ist jedoch, dass es gelingt, Rahmenbedingungen für nachhaltige Investitionen in diesen Län-

dern zu schaffen. Daneben sind erhebliche Anstrengungen nötig, um jene ESG-Kriterien sowie die entsprechenden Wirkungen innerhalb eines verbindlichen, transparenten Systems zu messen und über sie Bericht zu erstatten.

Weltweit arbeiten viele Kreise, beispielsweise das Global Impact Investing Network (GIIN) und das International Sustainability Standards Board (ISSB) aktuell an einem solchen System, um das bestehende internationale Regelwerk für die finanzielle Berichterstattung zu erweitern und diese Berichterstattung integriert zu gestalten. Das ist ein entscheidender Schritt, um private Mittel nachvollziehbar und wirksam für die Finanzierung der SDGs zu mobilisieren.



BRUNO WENN

ist der Vorsitzende des Aufsichtsrats der European Development Finance Institutions (EDFI), Brüssel. Er ist Mitglied des Beirats von E+Z/D+C.

bruno.wenn@edfi.eu

GOVERNANCE

Rückschlag für die globale Entwicklung

Laut Human Development Report haben sich wichtige Kennzahlen in den Jahren 2020 und 2021 erheblich verschlechtert. Fortschritte bei den UN-Zielen für nachhaltige Entwicklung (SDG – Sustainable Development Goals) wurden zunichtegemacht. Viele Länder sind auf den Stand von 2016 zurückgefallen.

Von Roli Mahajan

Zwei Jahre in Folge ging die globale Entwicklung zurück, wie der Human Development Report (HDR) 2021/2022 berichtet. Er wird herausgegeben vom UN-Entwicklungsprogramm (UNDP – United Nations Development Programme). Das ist ein Novum in der 32-jährigen Geschichte des Reports, der die Entwicklung von Ländern an-

hand des Human Development Index (HDI) beurteilt, basierend auf Lebenserwartung, Bildungsniveau und Lebensstandard.

In den vergangenen 30 Jahren haben sich die Kennzahlen der am wenigsten entwickelten Länder in der Regel deutlich stärker verbessert als die von Mitgliedsländern der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD – Organisation for Economic Co-operation and Development). Die OECD ist ein Verbund von reichen Ländern und einigen Schwellenländern. Während der Covid-19-Pandemie haben sich die beiden Gruppen allerdings auseinanderentwickelt. Die Ungleichheiten – auch zwischen den Geschlechtern – haben zugenommen und werden aller Voraussicht nach auch weiterhin bestehen.

Mehr als 90 Prozent aller Länder haben 2020 oder 2021 sinkende Entwicklungswerte verzeichnet. So ist etwa der Lebensstandard in Südasien deutlich gesunken. Die Lebenserwartung weltweit fiel von 72,8 (2019) auf 71,4 Jahre (2021), das hat maßgeblich zum Knick im HDI beigetragen. Covid-19 hat die Lebenserwartung erheblich negativ beeinflusst, aber auch andere Bereiche wie den Arbeitsmarkt und die Bildungssituation.

Diese Gesamtentwicklung kommt wenig überraschend, weil globale Ereignisse wie die Pandemie und der Krieg in der Ukraine den weltweiten Aufschwung ins Stocken gebracht haben. Hinzu kommen extreme Temperaturen, Brände, Stürme und Überschwemmungen. All das hat die Grenzen des Regierungshandelns auf globaler Ebene aufgezeigt. Laut dem Report befindet sich die Menschheit in einem Zustand der Lähmung. Sie stolpert von einer Krise in die nächste und ist nicht in der Lage, die Ursachen der Probleme zu bekämpfen. Die Autor*innen werfen die Frage auf, weshalb der dringend benötigte Wandel ausbleibt.

In dem Bericht wird auch betont, dass die Menschheit es zwar schon früher mit Krankheiten, Kriegen und Umweltkatastro-

phen zu tun hatte, dass aber die Zukunfts-sorgen derzeit zunehmen – und sich von früheren Sorgen unterscheiden. Psychische Probleme nehmen zu. Die Autor*innen identifizieren drei Quellen der Verunsicherung, die sich gegenseitig beeinflussen:

1. Das Anthropozän und seine Ungleichheiten: Der Begriff bezeichnet ein neues geologisches Zeitalter, das sich durch vom Menschen verursachte Veränderungen auf unserem Planeten auszeichnet. Damit gehen wachsende Ungleichheit und Ungleichgewichte in der Machtverteilung einher. Jene Teile der Weltbevölkerung, die wenig zu aktuellen Krisen, etwa der Klimakrise, beigetragen haben, bekommen diese voraussichtlich am stärksten zu spüren. So wird etwa extreme Hitze in Ländern mit niedrigen und mittleren Einkommen einen besonders starken Einfluss auf die Sterblichkeit und den Arbeitsmarkt haben.

Zu den Auswirkungen des Anthropozäns gehören auch die Bedrohung durch Atomwaffen, vermehrte Zoonosen und die Ausrottung von mehr als einer Million Spezies. Unsicherheiten im Anthropozän beeinträchtigen die psychische Gesundheit, etwa durch

- traumatisierende Ereignisse,
- körperliche Krankheiten,
- allgemeine Angst vor der Klimakrise und
- Ernährungsunsicherheit.

Die Erderwärmung selbst verschärft verschiedene Formen der Ungleichheit.

2. Tiefgreifende soziale und technologische Veränderungen: Das Anthropozän bringt eine ganze Reihe neuer Herausforderungen und Unsicherheiten mit sich. Um dafür Lösungen zu finden und den Druck auf den Planeten zu verringern, muss sich die Art und Weise, wie Gesellschaften leben, arbeiten und mit der Natur interagieren, grundlegend verändern. Dazu könnten Maßnahmen gehören, die Gesellschaften und Industrien auf erneuerbare Energien umstellen und neue grüne Technologien einführen. Damit wird Neuland betreten, was vielfältige, noch nie da gewesene und ungleiche Auswirkungen haben kann. Der Bericht bezeichnet dies als „Unsicherheit im Übergang“ („transitional uncertainty“).

Ein Beispiel hierfür sind die Unwägbarkeiten, die mit der Schaffung zusätzlicher 24 Millionen grüner Arbeitsplätze weltweit bis 2030 verbunden sind, um den

Ausstieg aus fossilen Brennstoffen zu schaffen. Diese Arbeitsplätze werden sich möglicherweise nicht in jenen Regionen befinden, in denen Arbeitsplätze wegbrechen, wenn fossile Industrien dichtgemacht werden. Sie könnten auch neue Qualifikationen erfordern. Darüber hinaus treibt der zunehmende Einsatz von Automatisierungstechniken und künstlicher Intelligenz den technologischen Wandel voran – und damit auch Unsicherheiten, die mit diesem Übergang verbunden sind.

3. Politische und soziale Polarisierung: Der Bericht stellt fest, dass die Polarisierung zunimmt, während zugleich demokratische Charakteristika in politischen Systemen abnehmen. Dies wird begünstigt durch die Verbreitung von Falschinformationen, die dazu führt, dass verschiedene Gruppen keine gemeinsame Faktenbasis finden. So entsteht eine weitere Ebene der Unsicherheit: Die Menschen wissen nicht mehr, was sie glauben sollen. Das führt zur Erosion von Vertrauen und einer Kluft, sowohl innerhalb einer Gesellschaft als auch zwischen verschiedenen Gesellschaften.

Im Bericht wird argumentiert, dass diejenigen, die sich am unsichersten fühlen, auch eher extreme politische Ansichten vertreten. Darüber hinaus nimmt nach einem Schock, etwa einer Finanzkrise, die Unterstützung für politische Extrempositionen zu. Unsicherheit und politische Polarisierung verstärken sich also gegenseitig – und verhindern so kollektives Handeln.

Kurz gesagt sieht der Bericht menschliche Entwicklung „nicht nur als Ziel, sondern auch als Mittel für einen Weg nach vorn in unsicheren Zeiten“, wie UNDP-Chef Achim Steiner im Vorwort schreibt. Betont wird die Wechselbeziehung von Lösungsansätzen auf unterschiedlichen Ebenen: Um nationale Probleme zu lösen, müssen wir globale Probleme lösen – und umgekehrt.

LITERATUR

UNDP: Human Development Report 2021/2022. Uncertain times, unsettled lives: Shaping our future in a transforming world. https://hdr.undp.org/system/files/documents/global-report-document/hdr2021-22pdf_1.pdf



ROLI MAHAJAN
ist freie Journalistin und lebt im nordindischen Lucknow.

roli.mahajan@gmail.com



Titelseite des Human Development Report.

UMWELTRECHT

Unerfüllte Pflichten

Angesichts der eskalierenden globalen Umweltkrise hat die internationale Staatengemeinschaft sinnvolle Abkommen geschlossen. Es muss aber noch viel mehr geschehen. Onlinekurse auf der Website des UN-Umweltprogramms (UNEP) vermitteln international relevantes juristisches Wissen.

Von Suparna Banerjee

1992 beschloss der Erdgipfel in Rio de Janeiro die UN-Rahmenkonvention über den Klimawandel (UNFCCC – UN Framework Convention on Climate Change). Mit ihr will die Menschheit die globale Erhitzung in den Griff bekommen, aber bislang reicht das, was in ihrem Kontext geschehen ist, nicht aus.

Die UNFCCC sieht ständige Weiterentwicklung auf jährlichen Konferenzen der Mitgliedsländer (COPs – Conferences of the Parties) vor. Das letzte große Klimaabkommen wurde 2015 in Paris geschlossen. Seine Ziele sind rechtlich nicht bindend, aber sinnvoll. Unter anderem wurde beschlossen, dass weltweite Durchschnittstemperaturen höchstens um zwei Grad und möglichst nur um 1,5 Grad Celsius über das vorindustrielle Niveau steigen sollen.

Alle Unterzeichnerstaaten sollen sich selbst Emissionsziele setzen und diese systematisch hochschrauben. Dafür sollen COPs regelmäßig Bestand über das bisher Erreichte aufnehmen. Bei gegenwärtigen Trends werden die durchschnittlichen Temperaturen bis Ende dieses Jahrhunderts um mehr als drei Grad Celsius steigen.

Wer das Pariser Klimaabkommen im Detail verstehen will, kann von einem Onlinekurs auf der UNEP-Website profitieren. Er trägt den Titel „Climate Change International Legal Regime“. Zu den wichtigen Punkten gehört, dass hochentwickelte Länder mit Klimafinanzierung schwächere Partner unterstützen müssen und dass sie dafür eine Vielfalt von Instrumenten und Kanälen nutzen können. Sie haben zudem eine Pflicht, die am wenigsten entwickelten Länder und kleinen Inselstaaten, die den schädlichen Folgen des Treibhauseffekts

besonders ausgesetzt sind, bei der Stärkung von Institutionen und Fortbildung zu unterstützen.

Das Pariser Abkommen äußert sich nicht zu Entschädigungen, worüber international unter den Schlagworten „loss and damage“ verhandelt wird. Ende letzten Jahres beschloss die COP in Ägypten, dafür einen Mechanismus zu schaffen. Sie erreichte aber nur wenig mit Blick auf die Reduzierung von klimaschädlichen Emissionen.

Der Kurs geht auch auf das Kyoto-Protokoll ein, das 1997 in Japan beschlos-

um mindestens fünf Prozent sinken. Verschiedene Regeln sorgten für Flexibilität.

Beispielsweise konnten Länder ihre Pflichten gemeinsam erfüllen, sodass ein Land weniger tun musste, wenn das andere Land mehr als vorgesehen erreichte. Das Protokoll schuf auch den Clean Development Mechanism, der es Annex-1-Ländern erlaubte, Emissionsreduktionen in nicht-Annex-1-Ländern für sich selbst zu reklamieren, wenn sie die entsprechenden Investitionen unterstützt hatten.

Aus mehreren Gründen gilt das Protokoll mittlerweile als Fehlschlag:

- Die USA ratifizierten es nie, denn Präsident George W. Bush urteilte, es würde der Volkswirtschaft schaden.
- Andere Annex-1-Länder stiegen später aus.
- Als Gruppe erreichten die Annex-1-Länder zwar die Ziele, aber das lag vor al-



Erfolgreiche Kampagne: Angehörige der Dongria Kondh bei der Anreise zu einer Demonstration gegen Bauxitbergbau im indischen Bundesstaat Odisha.

sen wurde. Es unterschied hochentwickelte Länder und post-sowjetische Transitionsländer (Annex 1) von allen anderen. Es benannte für die Mitglieder der ersten Gruppe jeweils prozentuale Reduktionsziele für Treibhausgas-Emissionen. Insgesamt sollten Emissionen der Annex-1-Länder bis 2012

lem am Kollaps der Wirtschaft im früheren Ostblock und an den Auswirkungen der globalen Finanzkrise von 2008.

- Das Protokoll führte also nicht zu Innovationen, die langfristig nachhaltiges Wachstum ermöglicht hätten. Es gab Anläufe, dem Protokoll mehr Zähne zu verleihen.

Insgesamt erwiesen sich rechtsverbindliche Regeln zu Emissionszielen aber als zu problematisch. Deshalb kommen sie im Pariser Abkommen nicht vor.

Langfristig wirkmächtig war aber die Definition der Treibhausgase im Kyoto-Protokoll. 1997 gehörten dazu CO₂, Methan, Lachgas, Fluorkohlenwasserstoffe, Perfluorkohlenwasserstoffe und Schwefelhexafluorid. 2012 kam Stickstofffluorid hinzu.

Auf der UNEP-Website stehen weitere interessante Jurakurse (siehe Box). Anfang 2023 waren es insgesamt 32.

UMWELTSCHUTZ UND MENSCHENRECHTE

Ein Kurs trägt den Titel „Mini course on environmental defenders“. Er geht zunächst darauf ein, wie sich Gruppen und Individuen für Umweltschutz einsetzen können, und beschreibt ökologisches Engagement weltweit.

Unter anderem befasst er sich mit einem indischen Rechtsstreit, der sich über zwölf Jahre hinzog. Der Oberste Gerichtshof erkannte am Ende die Rechte der Dongria Kondh, einer Adivasi-Ethnie, an, die gefordert hatte, ihre Wälder dürften nicht dem

Bauxitbergbau geopfert und ihre religiösen Vorstellungen müssten respektiert werden. Solche Konflikte eskalieren allerdings oft gewaltsam und können zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen führen.

Dem UNEP-Kurs zufolge wurden 2017 mindestens 197 Menschen wegen ökologischen Engagements getötet. Die Autoren räumen ein, dass die tatsächliche Zahl deutlich höher sein dürfte, weil die Berichterstattung aus vielen Weltgegenden unzuverlässig sei. Sie zählen auch Opfer von bürgerkriegsähnlichen Zuständen nicht mit. Eine Stärke des Kurses ist jedenfalls, dass er auf individuelle Schicksale eingeht und die Realität nicht hinter Statistiken verbirgt.

Beispiele aus der ganzen Welt zeigen, dass sich die Konflikte ähneln und dass Projekte, die vermeintlich die Entwicklung vorantreiben sollen, oft erhebliche Umweltschäden verursachen. Klargestellt wird zudem, dass Morde meist im Kampf um natürliche Rohstoffe geschehen und dass Täter oft von Straflosigkeit, Gesetzlosigkeit und Korruption profitieren.

Ökologische Schäden beeinträchtigen indessen Menschenrechte. Staaten haben die Pflicht, Umweltaktivisten zu schützen,

denn auch für sie gelten die UN-Vereinbarungen über den Schutz von Menschenrechten und grundlegenden Freiheiten.

Beide Kurse zeigen, dass Regierungen oft Pflichten vernachlässigen, ob diese nun rechtlich festgeschrieben sind oder nicht. UNEP hilft, diese Dinge klarer zu sehen.



SUPARNA BANERJEE
ist Politikwissenschaftlerin
und lebt in Frankfurt am Main.
mail.suparnabanerjee@gmail.com

Korrekturen: In der ersten Version enthielt dieser Text falsche Definitionen von Annex 1 und 2. Es war ein redaktioneller Fehler.

Wegen eines anderen redaktionellen Fehlers enthielt der Aufsatz von André de Mello e Souza über ODA in unserer vorherigen digitalen Monatsausgabe (2022/02) eine falsche Aussage. Es stimmt nicht, dass die hochentwickelten Länder ihre Kyoto-Pflichten nicht erfüllt hätten. Richtig ist, dass sie das Kyoto-Protokoll nicht zu dem nötigen langfristig wirkungsvollen Instrument zur kontinuierlichen Emissionsreduktion gemacht haben. E+Z/D+C

Sinnvolles E-Learning

Wer im Internet surft, darf nicht jeder Quelle trauen. LEAP ist zuverlässig. Das Kürzel steht für die Law and Environmental Assistance Platform des UN-Entwicklungsprogramms (UNEP). 32 Onlinekurse vermitteln Einblicke in internationales Umweltrecht.

Die Kurse decken eine Vielzahl von Themen ab – vom internationalen Klimaregime (siehe Haupttext), das bislang seinen Zielen noch nicht gerecht wird, bis hin zu multilateralen Regeln zum Schutz der Ozonschicht, die sich als wirkungsvoll erwiesen haben. Andere Kurse beschäftigen sich mit der Minamata-Konvention

zu Quecksilber, dem Übereinkommen über den internationalen Handel mit gefährdeten frei lebenden Tieren und Pflanzen und dem Schutz von Süßwasser.

LEAP-Kurse sind für weltweite Internetnutzung konzipiert. Wer in Gegenden mit schwacher Infrastruktur lebt, kann die Angebote herunterladen, um von Strom- und Netzwerkausfällen ungestört lernen zu können. Die Kurse sind didaktisch gut. Wer teilnehmen will, muss sich anmelden. Quizfragen helfen, die Lernfortschritte zu prüfen. Wer genügend richtige Antworten gibt, bekommt ein Zertifikat,

das neu erworbenes Wissen auch für berufliche Zwecke dokumentiert.

Teilnehmende bekommen Gelegenheit, sich miteinander auszutauschen, so dass sich Gleichgesinnte vernetzen können. So werden Erfahrungen ausgetauscht und neue Herausforderungen erörtert. Das fördert das Entstehen von internationalen Allianzen für strengere Umweltgesetze und konsequentere Durchsetzung. Interkultureller Austausch über globale Anliegen ist wertvoll – und recht faszinierend.

LEAP bittet um Feedback, um zu erfahren, was in den Kursen gut oder schlecht funktioniert. Auf dieser Basis soll das Angebot verbessert werden.

Ein Schwachpunkt ist die steife und manchmal langweilige Sprache. Fachjargon und Syntax könnten vereinfacht werden. Im Januar funktionierte der Zugriff nicht auf das gesamte Angebot. Das betraf zum Beispiel die Kurse über die UN-Konventionen gegen Wüstenbildung und persistente organische Chemikalien.

LEAP beruht auf dem Montevideo Environmental Law Programme. Es entstand 1982, um auf zwischenstaatlicher Basis Umweltrecht zu dokumentieren und zu prüfen. Derzeit läuft die fünfte Phase (2020 bis 2029). Das LEAP-Sekretariat ist bei UNEP angesiedelt. SB

LINK
<https://leap.unep.org/>

EMISSIONSREDUZIERUNG

Rückschläge bei der CO₂-Bepreisung

Eine aktuelle Veröffentlichung der OECD bewertet verschiedene CO₂-Preissysteme. Die Fachleute sprechen sich für solche Systeme aus und warnen, Energiesubventionen seien kontraproduktiv.

Von Prince Thompson

CO₂-Preise können Staaten helfen, ihre Klimaziele zu erreichen und gleichzeitig die Staatseinnahmen zu steigern. Wie die Studie der Organisation für Wirtschaftliche Entwicklung (OECD – Organisation for Economic Co-operation and Development) ausführt, muss noch sehr viel mehr passieren, um Netto-Null-Szenarien zu verwirklichen. Zu den Stärken der CO₂-Bepreisung gehören ihr zufolge:

- Sie schafft flächendeckende Anreize für Unternehmen und Privathaushalte für die Nutzung emissionsarmer Energie und den Umstieg auf saubere Quellen.
- Sie macht umweltfreundliche Techniken für Investoren attraktiver.
- Im Gegensatz zu Grenzwerten und anderen Regulierungen lassen Preissysteme den Wirtschaftstätigen Flexibilität.
- CO₂-Bepreisung stärkt öffentliche Haushalte.
- In Entwicklungsländern kann die CO₂-Bepreisung dazu beitragen, die Steuerpolitik effektiver zu gestalten und die Staatseinnahmen zu erhöhen.

Dem OECD-Team zufolge unterstützen jedoch zu viele Länder den Verbrauch fossiler Treibstoffe, was den CO₂-Ausstoß verbilligt. Das wiederum führe zu mehr Emissionen und knapperen staatlichen Kassen.

Es gibt zwei Methoden der CO₂-Bepreisung. Entweder der Staat erhebt Steuern auf Emissionen oder er verkauft Emissionslizenzen, die dann zu variablen Preisen auf Märkten gehandelt werden können. Die volkswirtschaftliche Lehre präferiert tendenziell den zweiten Ansatz, weil er flexible Reaktionen auf Angebot und Nachfrage zulässt.

Die EU hat solch ein System. Ihr ETS (Emissions Trading System) ließ laut OECD-Berechnung Treibhausgas-Emittenten 2021 rund 53 Euro pro Tonne CO₂ zahlen. Das sei dreimal mehr gewesen als die 17 Euro von 2018. Im britischen Königreich gelte ein ähnliches System, und dort habe eine Tonne Emissionen 2021 umgerechnet 56 Euro gekostet. In beiden Fällen hätten höhere Lizenzpreise den Anstieg angetrieben.

Die Systeme entwickeln sich ständig weiter, und neue werden etabliert. Der OECD-Publikation zufolge liegt im neuen chinesischen Emissionshandelssystem für die Stromerzeugung der Preis pro Tonne bei umgerechnet sechs Euro.

KEINE KOHÄRENTE STRATEGIE

Viele Länder erheben derweil Steuern auf Treibstoffe wie Benzin und Diesel. Im OECD-Fachjargon heißt das „explizite“ CO₂-Bepreisung. Solche Steuern seien vor der Corona-Pandemie vielerorts deutlich gestiegen. Dennoch bedauern die OECD-Fachleute, es gebe meist kein systematisches

Konzept zur Reduzierung von Emissionen. Weltweit lägen Kohlesteuern im Schnitt um mehr als den Faktor zehn unter denen für Diesel und Benzin. Dabei sei Kohle der umweltfeindlichste Brennstoff.

Die Studie beanstandet obendrein, dass solche Steuern nicht in allen Sektoren gleich erhoben würden. In vielen Ländern werde die Energienutzung im Straßenverkehr finanziell belastet, aber in der Landwirtschaft, der Fischerei oder in Gebäuden gefördert. Zudem gebe es Länder, die auch den Straßenverkehr entlasten. Treibstoff sei jedenfalls in Europa aus politischen Gründen besonders teuer und in Ländern mit niedrigen Einkommen besonders billig.

Werden CO₂-Preise erhöht, steigen die Staatseinnahmen. Diese Wirkung schwankt aber im Lauf der Zeit, denn die Preispolitik soll den Verbrauch dämpfen, und wenn das gelingt, bringt sie entsprechend weniger Geld ein. Der OECD zufolge sind die zusätzlichen Einnahmen aber gerade in der Transformationszeit mit ihren hohen Anpassungskosten besonders nützlich. Das Geld könne grundsätzlich sämtlichen öffentlichen Zwecken dienen. Kraftstoffsubventionen seien dagegen auf doppelte Weise destruktiv, weil sie zu mehr Emissionen führten und öffentliche Haushalte schwächten.

Die Klimakrise betrifft alle, wie die OECD-Autoren ausführen. Also sei es auch sinnvoll, allen höhere Energiepreise zuzumuten. Dass aber diese einkommensschwache Bevölkerungsgruppen überfordern dürften, sei kein Argument dafür, die Prei-



Nach dem Tankrabatt von 2022 liegen deutsche Steuern auf Energieverbrauch wieder auf dem vorherigen Niveau.

se möglichst niedrig zu halten. Stattdessen sollten die betroffenen Gruppen gezielt gefördert werden.

Als Reaktion auf hohe Energiepreise im Zuge des russischen Angriffs auf die Ukraine haben viele Regierungen Energiesteuern gesenkt. Aus OECD-Sicht besteht das Risiko, dass solche Erleichterungen zwar nur befristet gelten sollen, sich aber später nicht mehr zurückdrehen lassen. Einkommensbeihilfen für Benachteiligte seien jedenfalls vorzuziehen. Sie würden der Zielgruppe mehr helfen, den Staat weniger kosten und Preissignale nicht zulasten der Umwelt verzerren. Von niedrigen Benzin- und Dieselpreisen profitierten diejenigen mit dem höchsten Verbrauch am meisten – und das seien in der Regel Menschen aus höheren Einkommensgruppen.

In Ägypten hat der OECD zufolge eine Reform der Treibstoffsubventionen zu Einsparungen in der Staatskasse geführt, sodass der Aufwand für Gesundheits- und Bil-

dungswesen steigen konnte. Obendrein war der Staat in der Lage, den Aufschwung der Volkswirtschaft nach der Coronakrise mit einem Konjunkturpaket anzutreiben.

Das OECD-Team rät Entwicklungsländern, manche Transformationskosten, die Hoheinkommensländern zu schaffen machen, von vornherein zu vermeiden. Es gehe darum, keine Infrastruktur zu bauen, die langfristig die Nutzung fossiler Energie erzwingt. Stattdessen sollten von vornherein saubere Möglichkeiten genutzt werden, und stimmige Preissignale tragen dazu bei.

Während die Studie Fortschritte bei der CO₂-Bepreisung anerkennt, betont sie auch, der Weg zu Netto-Null-Emissionen sei noch weit. Als Gründe nennt sie:

- Weltweit ist der Großteil der Energienutzung noch gar nicht erfasst.
- Regierungen agieren zu zögerlich, und die Preissignale seien entsprechend schwach.

- Als Reaktion auf den Ukrainekrieg hat es Rückschläge bei der CO₂-Bepreisung gegeben.

LINK

OECD, 2022: Pricing greenhouse emissions – Turning climate targets into climate action (liegt auch auf Französisch vor)
<https://www.oecd.org/tax/tax-policy/pricing-greenhouse-gas-emissions-turning-climate-targets-into-climate-action.htm>



PRINCE THOMPSON
 kommt aus Ghana und studiert an der Ruhr-Universität Bochum Entwicklungsmanagement. Zurzeit

macht er ein Praktikum bei E+Z/D+C. Sein Masterstudiengang gehört zur Arbeitsgemeinschaft entwicklungsbezogener Postgraduierter-Programme (AGEP).
prince.thompson94@yahoo.com

KATASTROPHENSCHUTZ

Risiken mit zielgerichteten Informationen begegnen

Katastrophen häufen sich und nehmen in ihrer Wucht zu. Deshalb wird es immer wichtiger, Risiken ernst zu nehmen. Wir brauchen weltweit bessere Kommunikationsmechanismen, die sich auf genaue Karten und Statistiken stützen.

Von Suparna Banerjee

„Unser Wissen zum Katastrophenschutz ist begrenzt“, sagt Sade Gawanas, bis zum Januar Bürgermeisterin der namibischen Hauptstadt Windhuk. Es gibt obendrein zu wenig sozioökonomische Daten darüber, wen welche Art von Katastrophe wie trifft – und das gilt auch nicht nur für afrikanische Länder.

Niemand hatte die verheerenden Folgen der schweren Regenfälle des Sommers

2021 im deutschen Ahrtal erwartet. Mindestens 134 Menschen kamen bei Überschwemmungen ums Leben. Experten forderten, dass Deutschland daraus lernen müsse.

So braucht Deutschland etwa ein auf Mobilfunk basierendes Frühwarnsystem. Deshalb wurde der 8. Dezember zum nationalen Warntag erklärt. Um elf Uhr morgens sollten, zeitgleich mit den städtischen Sirenen, alle Mobiltelefone läuten. Aber längst nicht alle klingelten.

Auch ohne technische Pannen ist es laut Expert*innen fraglich, ob mobile Warnrufe für ein wirksames Katastrophenmanagement ausgereicht hätten. Eine solche Warnung informiert Bürger über eine bevorstehende Katastrophe, aber sie müssen auch wissen, wie sie handeln sollen. Sollen sie in höheren oder tieferen Lagen Schutz suchen?

Welche Orte in der Nähe sind sicher? Was kann man im Fall von technischem Versagen tun? Eine Überschwemmung erfordert eine andere Reaktion als ein Waldbrand.

Um Menschen zu schützen, sind angemessene Kommunikation und Information unerlässlich. Risikobewertungen und Strategien für das Katastrophenmanagement sollten auf Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse entwickelt werden. Gleichzeitig erfordern globale Herausforderungen – wie die Klimakrise – Maßnahmen auf lokaler Ebene. Diese Themen wurden im Dezember auf einer Fachtagung in Bonn diskutiert, veranstaltet von der Stiftung Entwicklung und Frieden (SEF) in Zusammenarbeit mit Engagement Global (EG) und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ).

BÜRGER*INNEN EINBEZIEHEN

Anstatt Ideen von oben nach unten umzusetzen, sind sich Experten einig, dass die lokale Ebene einbezogen werden muss. Die Bevölkerung betroffener Regionen zu involvieren und ihre Vorschläge zu berücksichtigen, schafft ein Gefühl der Eigenverantwortung, das wiederum eine breitere Akzeptanz



Im Sommer 2021 trat die Ahr vielerorts über die Ufer und riss ganze Ortschaften mit sich. Mehr als 130 Menschen starben.

von Maßnahmen und ein tieferes Verständnis von Risiken fördert.

Bewusstseinsbildung ist dabei unerlässlich. Menschen müssen lernen, Risiken ernst zu nehmen. Regelmäßige Übungen und Workshops sind hilfreich. Straßentheateraufführungen können Aufmerksamkeit schaffen. Egal, wie die Informationen weitergegeben werden, sie müssen in einfacher Sprache formuliert sein, damit jeder sie versteht. In vielen Ländern werden Katastrophenrisiken, -ursachen und angemessenes Verhalten in Schulen nicht ausreichend behandelt. Lehrpläne sollten entsprechend aktualisiert werden. Ramian Fathi von der Bergischen Universität Wuppertal plädiert dafür, die Gesellschaft im Allgemeinen in umsichtige Strategien der Katastrophenkommunikation einzubeziehen.

In benachteiligten Weltregionen sind Ressourcen knapp. Eine große Herausforderung besteht darin, vorhandene Anlagen möglichst effektiv zu nutzen. Beispielsweise kann es zu teuer sein, ein neues Sirensystem zu installieren, sodass es sinnvoller ist, sich auf die Mobiltelefone zu verlassen, die die meisten Menschen besitzen.

Um Informationen richtig zu verbreiten, benötigen die Verantwortlichen jedoch zuverlässige Daten. In Ländern mit niedrigem Einkommen mangelt es häufig an brauchbaren Statistiken. Länder sollten daher die internationale Zusammenarbeit hier verbessern und sich gegenseitig helfen, Forschungslücken zu schließen. Die meisten Katastrophen machen zudem nicht an den Landesgrenzen halt. Klimabedingte Vertreibung kann mehrere Länder und die internationale Gemeinschaft als Ganzes betreffen.

Die Herausforderungen sind enorm, aber es gibt weltweit einige vielversprechende Initiativen. Ein Beispiel ist Ahmedabad in Indien. Im Sommer steigen die Temperaturen dort auf über 45 Grad, und jedes Jahr sterben hunderte von Menschen an den Hitzefolgen. Dileep Mavalankar vom Indian Institute of Public Health erklärt, dass das Institut einen Hitze-Aktionsplan ins Leben gerufen hat, der auch über vernünftiges Verhalten informiert. Außerdem stellt es Sonnencreme und Kühlboxen am Straßenrand bereit.

In Malawi, so berichtet Julius Ng'oma vom Civil Society Network on Climate

Change (CISONECC), gibt es Bemühungen, traditionelles Wissen mit moderner Wissenschaft zu verbinden. Er bestätigt, dass es das Gefühl der Eigenverantwortung fördert, wenn die lokale Bevölkerung in die Planung und Umsetzung von Maßnahmen einbezogen wird. Menschen sind interessierter an Themen, wenn sie merken, dass sie ernst genommen werden und ihren Beiträgen Priorität eingeräumt wird.

Die Expert*innen des Bonner Symposiums waren sich einig, dass menschliches Handeln die Ursache für Phänomene wie Entwaldung, Städtewachstum, Ressourcenabbau, die Erosion von Ökosystemen und die Erderhitzung ist – und diese noch verschärft. Alle schädlichen Aktivitäten müssen gestoppt werden. Passiert das nicht, werden Anpassung und Katastrophenmanagement unmöglich sein.



SUPARNA BANERJEE
ist Politikwissenschaftlerin
und lebt in Frankfurt am Main.
mail.suparnabanerjee@gmail.com



Foto: Walter Hupli, Tapal/Germanwatch